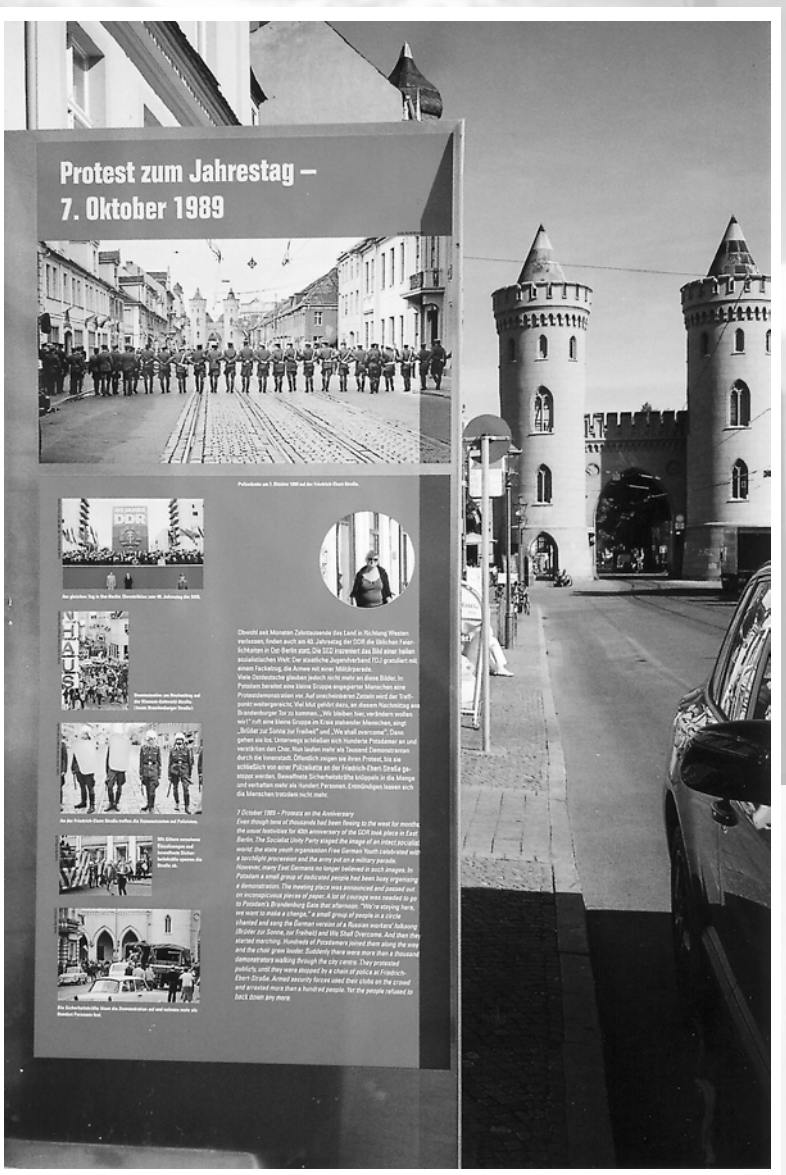
der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 6/2009



DDR-Wirtschaft am Ende

Kongreß zu Haftfolgeschäden

Hintergrund DDR-Doping

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell
3 „Kein Anlaß" für höhere Kapitalentschädigung
Beweiserleichterungen nur auf dem Papier
Bekenntnis zur Aufarbeitung gefordert
Ehrengrab-Status aufgehoben
Kommentar

Soziales
4 Beratungsangebote für Hessen

Recht
5 Keine pauschale Entschädigung für Heimkinder
UOKG-Kongreß zur Anerkennung von Haftfolgeschäden

Hintergrund
6 Medaillen-Maschinen. Doping in der DDR

Thema
8 Das Ende der DDR-Wirtschaft
Leben von der Substanz
Das „Schürer-Papier"
10 Vorwärts zu neuen Siegen

Berichte
11 „Ein offen frei Bekenntnis"
12 Ehefrauen politischer Häftlinge im Erfahrungsaustausch
Staatsminister in Cottbus
13 Ungewöhnliche Aktion am 13. August
Leser erinnern sich an den Fall der Mauer

Geschichte
14 Vom Hitler-Stalin-Pakt zum Zweiten Weltkrieg

Zeitzeugen
15 Ganoven und Nonnen

Verbände
16 Gedenkveranstaltung für Arno Esch
Richterliches Vertrauen in Stasi-Akten
Suchanzeigen

Service/Bücher
17 Geschichte aus Deutschland
Stunden im Westen
18 Mauer durchs Herz
Weggesperrt
19 Lager-Berichte

Service/Veranstaltungen
17-19

Umschlagbild: „Spurensuche Ost – Revolution in Potsdam" heißt eine Freiluftausstellung in der Brandenburger Landeshauptstadt. Wesentliche Ereignisse des Herbstes 1989 werden an authentischen Orten durch illustrierte Informationstafeln erläutert. Hier in der Nähe des Nauener Tores. *Foto: N. Radlitz*

Wählen dürfen

Warum jeder sein Wahlrecht wahrnehmen soll

Von Horst Schüler

Anfang August stürzten sich die Parteien in den Wahlkampf-Endspurt, Ende August meldete das „Hamburger Abendblatt", die Hälfte der Deutschen wüßte noch nicht einmal den Termin der Bundestagswahl. Erstaunlich. Doch erstaunlich ging's ja überhaupt zu im Vorfeld dieser Schlacht um unsere Stimme. Nein, um Himmelswillen, nicht etwa, daß die Politiker mit ihren Argumenten die Bürgerinnen und Bürger (Herr Westerwelle vergißt das nie, diese Trennung) von einer Aufregung in die andere stürzten, oder daß die Programme der Parteien uns schlaflose Nächte bereiteten - geschenkt, das alles war so kurzweilig wie ein Werbespot für Zahnpasta. Aber der Rahmen! Dieses Begleitprogramm! Harpe Kerkeling, der seine Kunstfigur Horst Schlämmer in den Bundestag delegierte, denn „wat die nich' können, kann ich auch". Mehr noch. Für seine HSP versprach er: „Sagen Sie nur, wat Sie brauchen, dat kriejen Sie denn auch". Trifft sich prächtig mit einem der drei wichtigsten Ziele von Franziska Drohsel, nämlich: „Luxus für alle". Ist übrigens Vorsitzende der Jungsozialisten, diese Franziska. Oder gar Martin Sonneborn, Mitarbeiter der „Titanic" und Chef von „Die Partei". Die bietet, wo immer sie auftritt, ein ganzes Bündel von Clownerien und in ihrem Parteien-Shop auch seltsame Bilder. Auf einem ist Frank-Walter Steinmeier bei der „Eröffnung des Penis-Wahlkampfes" zu sehen. Nebenbei hat Ulla von der Leyen mit ihrer Aussage, „bei der Kinderpornographie genau hinzuschauen", Sonneborns Verdacht geweckt - umgehend empfiehlt er deshalb eine Hausdurchsuchung bei der Familienministerin. Das Busen-Plakat der Vera Lengsfeld gehört natürlich auch in diese Sammlung von Kuriositäten, ebenso wie der Wunsch der Jungen Grünen, die aus der Bundeswehr ein Technisches Hilfswerk machen wollen. Lassen wir's dabei.

Nun ist es ja mal ganz lustig, wenn sich dieser oder jene auch im Harlekins-Gewand auf die Bühne eines Wahlkampfs wagen. Wenn das jedoch zur Folge hat, daß eine stattliche Zahl von Wählern ihnen auch wirklich ihre Stimme geben möchte, dann wird's bedenklich. Eine Wahl hat nämlich auch etwas mit Würde zu tun, und sich frei für eine Partei entscheiden zu können, ist bekanntlich eines der wichtigsten demokratischen Ziele. Nicht zuletzt dafür sind in der nationalsozialistischen wie in der kommunistischen Diktatur unzählige Frauen und Männer in die Gefängnisse, Lager und sogar in den Tod gegangen.

Ja, ich weiß: Es gibt zu Recht viele, die enttäuscht sind vom Tun und Handeln einiger unserer Politiker. Es wird immer unverständlicher, wie abgehoben sich dieser oder jener Minister oder Abgeordnete zeigt, wie wenig er/sie zu ahnen scheint, was das Volk von ihm/ihr erwartet, daß er/sie doch zu vertreten meint. Und es gibt sicher unendlich zu kritisieren auch am Verhalten mancher Institution, mancher Organisation, mancher Medien, kurz: an all den Pfeilern, die ein demokratisches Gemeinwesen stützen sollen, hin und wieder aber eher dem eigenen Vorteil nachjagen. Und weil das so ist, steigt auch die Zahl derjenigen, die sich der Wahl verweigern. Auch unter uns, unter denen, die am stärksten den Repressionen der Diktaturen ausgesetzt waren, wachsen Resignation, Empörung und Verbitterung. Und es wächst auch unter uns der Wunsch, nicht an der Wahl teilzunehmen.

So verständlich solche Reaktionen auf den ersten Blick scheinen, so falsch sind sie auch. Falsch, weil man sich einem der wichtigsten Grundrechte eines demokratischen Staates entzieht. Falsch aber vor allem auch, weil es nichts bewirkt. Ein bißchen Wehklagen am Wahlabend über die Zahl der Nichtwähler, ein paar Krokodilstränen und nichtssagende Versprechen, sich um diese Gruppe besonders zu kümmern, und damit hat es sich dann.

In Diktaturen haben wir wählen müssen(!), um nichts zu bewirken. In einem freiheitlichen Rechtsstaat dürfen(!) wir wählen, um etwas bewirken zu können. Manchmal ist es vielleicht gar nur das kleinere Übel. Selbst das ist immer noch besser, als sich aus Verärgerung, so verständlich sie auch zu sein scheint, der Wahl zu entziehen. Freiwillig jedenfalls sollte niemand auf dieses selbstverständliche Recht verzichten.

„Kein Anlaß" für Erhöhung der Kapitalentschädigung

(st)Ende Mai dieses Jahres hatte der Dachverband UOKG in einem Schreiben an Bundesjustizministerin Zypris gefordert, daß nach der Erhöhung der Entschädigung für unschuldig Inhaftierte in der Bundesrepublik nun auch die Kapitalentschädigung für Opfer politischer Verfolgung aus der SBZ/DDR folgen müsse (s. der stacheldraht Nr. 4, S. 8). Inzwischen liegt die Antwort des Justizministeriums vor. Das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz sehe soziale Ausgleichsleistungen für fremdes staatliches Unrecht vor, das systembedingt sehr viele Menschen in der DDR betroffen habe. Die Höhe der Kapitalentschädigung orientiere sich daher an den Leistungen für Freiheitsentziehungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz. Zwar habe sich der Gesetzgeber 1999 bei der Vereinheitlichung der Kapitalentschädigung auch auf die Höhe der Entschädigung nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen bezogen. Die nun vorgenommene Erhöhung gebe jedoch keinen Anlaß, „für seit Jahrzehnten abgeschlossene Vorgänge und damit rückwirkend in einem ganz anderen Sachbereich ebenfalls eine Erhöhung der Haftentschädigung in Betracht zu ziehen".

Beweiserleichterungen nur auf dem Papier

Tatsächliche Verfolgungsschäden anerkannt?

(rw)Die Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft UOKG hatte Anfang Mai eine Petition an den Petitionsausschuß des Bundestages gerichtet (s. der stacheldraht Nr. 5/09, S. 6) und eine Fallsammlung zur Problematik der Anerkennungsverfahren haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden beigefügt. In einer Stellungnahme zu dieser Petition verweist das Bundesjustizministerium nun darauf, daß nach seiner Auffassung die „bestehenden Möglichkeiten der Beweiserleichterung ausreichen" und diese „sicherstellen, daß es zu einer Anerkennung aller tatsächlich vorliegenden haft- und verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden kommt". Die UOKG wandte sich in einer Erwiderung an den Petitionsausschuß und betonte, daß die aufgeführten Möglichkeiten der Beweiserleichterungen in der Praxis nur in den seltensten Fällen Anwendung finden. Die Fallsammlung der UOKG zeige nachdrücklich, wie fatal sich die Praxissituation im Anerkennungsverfahren haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden für die Betroffenen gegenwärtig gestalte. Der Dachverband der Opferverbände beharre weiter auf seiner unumstößlichen Forderung, eine gesetzliche Regelvermutung bzw. Beweislastumkehr zur Anwendung zu bringen. Entsprechend der Dringlichkeit des Themas findet am 24. Oktober 2009 ein UOKG-Kongreß im Berliner Rathaus zu diesem Thema statt (s.S. 5).

Bekenntnis zur Aufarbeitung gefordert

(igfm)Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte IGFM hat sich an die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen gewandt. Die Parteien sollten vor und nach der Bundestagswahl nur mit jenen eine Zusammenarbeit anstreben, die ein klares Bekenntnis zur Achtung der Menschenrechte, zur demokratischen Grundordnung und zur Aufarbeitung von DDR-Unrecht abgeben. Die Organisation kritisierte, daß sich die Grünen nicht eindeutig positionierten. „Wenn sie einer Beteiligung an der Macht oder auch nur der Tolerierung durch Die Linke zustimmen, so mögen sie bitte den Namenszusatz ‚Bündnis 90' ablegen", sagte Karl Hafen, Geschäftsführender Vorsitzender der IGFM. Für eine Machtbeteiligung ohne ehrliche Aufarbeitung der Vergangenheit hätten die DDR-Bürgerrechtler nicht gekämpft.

Ehrengrab-Status aufgehoben

(cwh) Am 8. September beschloß der Berliner Senat die Aberkennung des Ehrengrabstatus für die Grabstätte des ehemaligen Stadtältesten von Berlin, William Borm. Hintergrund waren die seit den 90er Jahren bekannt gewordenen Hinweise auf eine maßgebliche Tätigkeit Borms für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR. Darüber hinaus war der FDP-Politiker in der Nazi-Zeit NS-Wehrwirtschaftsführer. Das Grab war 1987 im Rahmen der damals geltenden Vergünstigungen für Ehrenbürger und Stadtälteste von Berlin für 40 Jahre als Ehrengrabstätte des Landes Berlin anerkannt worden.

Kommentar

Wahlkampf, Wahl und dann?

Das Volk wunderte sich: Diesmal gar kein Wahlkampf? Doch! Nach ihrem Urlaub hat Angela Merkel in einigen Interviews und in leisen Tönen damit begonnen, Themen der nächsten Legislatur und ihre Ziele zu erläutern. Aber wer einen „hau-drauf"-Wahlkampf erwartet hatte, ist enttäuscht.

So zum Beispiel die SPD. Kanzlerkandidat Steinmeier und sein Vorsitzender Müntefering fingen an, die groben Keile auszupacken, obwohl gar kein grober Klotz da ist. Das irritiert natürlich. Mit Sprüchen wie „Ich bin ein besserer Kanzler" oder „Die Arbeitslosen sind der Kanzlerin egal" ist niemand zu begeistern. Auch die vier Millionen neuen Arbeitsplätze ziehen nicht so richtig, selbst wenn die SPD versichert, ein Konzept zu haben. Das war schon unter Schröder so: man glaubt, wenn etwas im Programm steht oder in Gesetzesform vorliegt, sei die Sache auch erledigt. Schon einmal war die Arbeitslosigkeit mit der theatralischen Übergabe der Diskette des Herrn Hartz besiegt. Steinmeier und Müntefering wissen hoffentlich, daß sie nicht zu sehr dreinschlagen dürfen, sonst gehen im letzten Moment auch noch die Genossen, die manch Gutes an der Kanzlerin finden, verloren. Die Linke mit ihrer Forderung nach „Reichtum für alle" unterm Gysi-Porträt hat sich derweil selbst ad absurdum geführt.

Die Menschen in Ost und West - besonders die Opfer des Sozialismus, die schon zu viele Enttäuschungen erlebt haben – hoffen nun, daß eine stabile und handlungsfähige Regierung zustande kommt, die unser Land voranbringt.

Hans-Peter Schudt

Beratungsangebote für Hessen

Psychosoziales Zentrum für die Region Odenwald

Hilfe bei psychischen Erkrankungen oder seelischen Krisen: Informations- und Klärungsgespräche, Beratung für Einzelpersonen, Paare und Familien, Gespräche für Angehörige, Unterstützung im Umgang mit Behörden, Gesprächs- und Freizeitgruppe

- *Diakonisches Werk Psychosoziales Zentrum*
  Schloßstraße 52a
  64668 Rimbach
  Tel. (062 53) 98 98-0
  Di 14.00-17.00 Uhr, Mi u. Fr 9.00-12.00 Uhr

- *Diakonisches Werk*
  Riedstr.1
  64625 Bensheim
  Tel. (062 51) 10 72 0
  Mi 14.00-16.00 Uhr
  Weitere Termine nach Vereinbarung
  Telefonzeiten: Mo-Fr 8.30-12.00 Uhr

Diakonisches Werk Dillenburg-Herborn
Maibachstraße 2a
35683 Dillenburg

- *Allgemeine Lebensberatung*
  Ansprechpartner: Jochen Birkenstock, Heike Schulz, Tel.(027 71) 26 55-32, Ramona Höge, Tel. (027 71) 26 55-19, Elke Pollak, Tel. (027 71) 26 55-12
  Unterstützung in schwierigen Lebensphasen z.B. bei Arbeitsplatzverlust, unklarer finanzieller Situation, drohender Obdachlosigkeit, akuter Trennungsproblematik, ungesicherter Betreuungssituation der Kinder, Entwicklung gemeinsamer Strategien zur Vermeidung zukünftiger Notlagen, Information über gesetzliche Ansprüche auf soziale Leistungen und Unterstützung im Umgang mit Behörden, psychosoziale Beratung und Vermittlung von Erholungsmaßnahmen wie z.B. Seniorenfreizeiten

- *Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstelle (PSKB)*
  Ansprechpartner: Peter Schmidt, Beate Cieplinski, Tel. (027 71)26 55-21, E-Mail pskb@dwdh.de
  Hilfe für Betroffene und deren Angehörige bei verschiedensten Formen seelischer Störungen, Hilfe in Lebenskrisen, Vermittlung an kompetente Ansprechpartner, Information über Unterstützungsleistungen

Diakonisches Werk Gießen
- *Allgemeine Lebensberatung Beratungsstelle Gießen*
  Gartenstraße 11
  35390 Gießen
  Tel.(06 41)932 28-0,
  Fax (06 41)932 28-37,
  E-Mail info@diakonie-giessen.de

- *Beratungsstelle Grünberg*
  Bahnhofstraße 37,
  35305 Grünberg
  Tel. (064 01) 223 11 40,
  Fax (064 01)22 31 14 19,
  E-Mail info@diakonie-gruenberg.de
  Problemlösung in Lebenskrisen, Hilfe im Umgang mit Behörden

Diakonisches Werk Wiesbaden
- *Zentrum für Beratung und Therapie*
  Kaiser-Friedrich-Ring 5
  65185 Wiesbaden
  Tel. (06 11) 98 71 23 70,
  Fax (06 11) 98 71 23 80,
  E-Mail kontakt@zbt-dw-wiesbaden.de
  u.a. Aufarbeitung von und Umgang mit belastenden Lebenserfahrungen, Psychotherapie

Diakonisches Werk Rheingau-Taunus
- *Mobiler Sozialer Dienst*
  65510 Idstein
  Tel. (061 26) 951 95 00,
  Fax (061 26) 951 95 25,
  E-Mail msd.idstein@dwrt.de
  Allgemeine Seniorenberatung, Hauswirtschaftliche Hilfen

- *Allgemeine Lebensberatung*
  Gartenfeldstraße 15
  65307 Bad Schwalbach
  Tel. (061 24) 70 82-0,
  Fax (061 24) 70 82-60
  wirtschaftliche und finanzielle Beratung, Beratung bei Problemen in der Arbeitswelt; zweimal im Monat spezielle Hartz-IV-Beratung durch einen Rechtsanwalt, vorherige Anmeldung notwendig

Diakoniezentrum Offenbach
- *Allgemeine Lebensberatung*
  Karlstraße 58
  63065 Offenbach
  Tel. (069) 82 97 70-20
  Schwerpunkt psycho-soziale Beratung in Lebenskrisen

Carola Schulze

Für folgende Bundesländer wurden bereits Beratungsangebote vorgestellt:

Berlin	Nr. 8/07,	S. 3
Sachsen	Nr. 9/07,	S. 8
Hamburg	Nr. 1/08,	S. 12
Mecklenburg-Vorpommern	Nr. 2/08,	S. 3
Rheinland-Pfalz	Nr. 3/08,	S. 5
Bremen	Nr. 4/08,	S. 3
Schleswig-Holstein	Nr. 5/08,	S. 4
Saarland	Nr. 7/08,	S. 5
Brandenburg, Teil I	Nr. 9/08,	S. 3
Brandenburg, Teil II	Nr. 1/09,	S. 3
Thüringen	Nr. 2/09,	S. 11
Bayern	Nr. 3/09,	S. 4
Sachsen-Anhalt	Nr. 5/09,	S. 5

Das Geld ist ganz bestimmt kein Übel. Sonst könnten wir es nicht so leicht loswerden.

... nicht zuletzt deshalb, weil man damit ein Abo für den stacheldraht erwerben kann.

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit 9 Ausgaben kostet 9,-Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo" oder „Stacheldraht-Spende".

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Alex Möller

Keine pauschale Entschädigung für Heimkinder

„Verfassungsbeschwerde gegen Ablehnung eines Antrags auf Rehabilitierung erfolgreich" - so lautete die Überschrift einer Pressemitteilung, die das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) am 4. Juni 2009 herausgegeben hatte. Hintergrund dieser Mitteilung war ein Beschluß des Gerichts vom 10. März, Gegenstand des Verfahrens die Verfassungsbeschwerde eines früheren Insassen verschiedener Kinderheime in der DDR. Dieser war zuvor mit seinem Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung in allen Instanzen gescheitert. Das BVerfG verwies in seinem Beschluß die Sache an das Oberlandesgericht (OLG) Naumburg zurück.

Obgleich sich dies zunächst vielversprechend anhört, ist es leider nur ein Teilerfolg im juristischen Kampf um die Rehabilitierung der ehemaligen Heimkinder der DDR. Denn das BVerfG geht inhaltlich überhaupt nicht auf die Situation der Heimkinder ein. Daß es die Sache an das OLG zurückverwies, liegt daran, daß jenes nach Auffassung des BVerfG eine Rechtsnorm falsch angewendet hatte. Dem BVerfG zufolge geht das Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz von einer „Tat" aus, welche nach Auffassung des OLG Naumburg aber nicht vorgelegen habe. Hintergrund der Einlieferung des Betroffenen seien dessen familiäre Verhältnisse gewesen. Diese aber könnten nach Ansicht des OLG nicht „Tat" im Sinne des strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes gewesen sein.

In diesem Punkt wies das BVerfG das OLG zurecht: Tat müsse nicht strafrechtlich relevantes Verhalten sein. Vielmehr müsse man den Begriff der Tat großzügiger auslegen. Denn das Gesetz beabsichtige gerade nicht, lediglich Straftaten zu rehabilitieren. Vielmehr ginge es um rechtsstaatswidrige Freiheitsentziehungen schlechthin. Wegen der Auffassung des OLG, nur eine strafrechtliche Tat sei eine Tat im Sinne des strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes, hat sich das Bundesverfassungsgericht mit den weiteren Argumenten des Beschwerdeführers überhaupt nicht mehr auseinandergesetzt. Generelle Aussagen über die Rehabilitierungsfähigkeit von Heiminsassen hat es nicht getroffen.

Die Sache liegt jetzt wieder beim OLG Naumburg, welches erneut darüber zu entscheiden hat. Ob diese Entscheidung günstig ausfallen wird, vermag niemand vorauszusagen. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat ein starkes Echo in der Presselandschaft hervorgerufen. Man darf aber die Bedeutung des Urteils nicht überbewerten. Denn auch nach dieser Entscheidung bleibt es bei der geltenden Rechtslage, wonach Heimaufenthalte nicht generell rehabilitierungsfähig sind. Für eine Rehabilitierung muß der Betroffene entweder aus politischen Gründen eingewiesen worden sein, oder die Rechtsfolgen müssen im krassen Mißverhältnis zu der zugrundeliegenden Tat gestanden haben. Das bedeutet, daß in dem Heim, in welchem der Betroffene sich aufgehalten hat, besonders schlimme, die Menschenwürde verletzende Zustände geherrscht haben müßten.

Dies hat die Rechtsprechung bisher grundsätzlich nur für den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau anerkannt. Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß auch in vielen anderen Heimen, besonders in Jugendwerkhöfen, schreckliche und unerträgliche Zustände herrschten. Dennoch sind die Gerichte bei der Rehabilitierung solcher Fälle bislang alles andere als großzügig. Es bleibt zu hoffen, daß in den Gerichten eine andere Auffassung einkehrt.

Bei Fragen zu diesen oder anderen Themen können Sie gern die Hilfe der Beratungsstelle in Anspruch nehmen, die täglich von 10 bis 16 Uhr zu erreichen ist (sie S. 19, Kasten unten rechts).

Florian Kresse, Jurist, UOKG e.V.

UOKG-Kongreß

„Die Anerkennung haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden – kritische Situationsbeschreibung und Erörterung von Lösungsmöglichkeiten"

Ort: Berliner Rathaus, Eingang Jüdenstr., Raum 338, Termin: **Sonnabend, 24.10.2009** (ab 9.30 Uhr Anmeldung im Tagungsbüro)
10.30 Uhr :
Eröffnung durch Rainer Wagner (Vorsitzender der UOKG)
11.00-11.45 Uhr:
„Beschädigtenversorgung gemäß Bundesversorgungsgesetz (BVG) und Bundesentschädigungsgesetz (BEG) – eine vergleichende Analyse"; Dr. Ulrike Guckes, Rechtsanwältin, Berlin
12.00-12.30 Uhr:
„Erfahrungsberichte aus der juristischen Praxis zu Problemfällen im Anerkennungsverfahren haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden"; Thomas Illhardt, Rechtsanwalt, Eschwege
12.30-13.00 Uhr (anschl. Mittagessen):
„Zur Rechtslage und zur praktischen Umsetzung des Anspruchs auf Beschädigtenversorgung für politisch Verfolgte"; Brigitte Kögler, Rechtsanwältin, Jena
14.00-14.30 Uhr:
„Praxisbericht über die Tätigkeit des Brandenburger Landesamtes für Soziales und Versorgung"; Frank Stelter, Dezernent für soziales Entschädigungsrecht, Cottbus
14.30-15.00 Uhr (anschl. Kaffeepause):
„Der Weg zur Einführung der zentralen Begutachtung im Anerkennungsverfahren in Thüringen-Erfahrungswerte"; Jörg Volland, Sozialministerium Thüringen, Erfurt
15.45-16.30 Uhr:
„Psychologie der Extrembelastungsfolgen bei Opfern politischer Gewalt"; Prof. Dr. Dr. med. Andreas Maercker, Psychologisches Institut, Universität Zürich
16.45-17.45 Uhr:
Podium I
„Die Begutachtung posttraumatischer Belastungsstörungen - Praxiserfahrungen, Problembereiche und Lösungsvorschläge"
Dr. Ruth Ebbinghaus, Fachärztin für Psychiatrie und Psychotherapie, Würzburg; Stefan Trobisch-Lütge, Dipl.-Psychologe, Berlin, Beratungsstelle Gegenwind; Dr. Karl- Heinz Bomberg, Facharzt für Psychotherapie, Berlin
18.00-18.30 Uhr (anschl. Abendessen):
„Begleitung Traumatisierter im Anerkennungsverfahren haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden: „STOP-NRW"- Ein Hilfsprojekt in Nordrhein-Westfalen für Menschen mit Spätfolgen seelischer Traumatisierungen"; Julia Stephan, Mitarbeiterin im Projekt „STOP-NRW" Spix e.V. Wesel
19.30-20.30 Uhr:
Podium II
„Möglichkeiten politischer Umsetzung von Erleichterungen im Anerkennungsverfahren haft- und verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden"
Vertreter der Bundestagsfraktionen sind angefragt; anschließend Abschlußdiskussion und Resümee.
Die Veranstaltung wird gefördert durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Medaillen-Maschinen

Doping in der DDR, Nebenwirkungen und Folgen

Gedopt wird seit Jahrhunderten und fast überall auf der Welt. Meist geschieht das in Eigenverantwortung der Sportler und Trainer, die sich also individuell für ein verbotenes leistungssteigerndes Mittel entscheiden. In der DDR hingegen war der Sport ein ausgesprochenes Politikum, dessen Bedeutung in dem Maße zunahm, wie das Land nach internationaler Anerkennung strebte. Und so wurde auch dieser Bereich unter nahezu vollständige staatliche Kontrolle gebracht. Ab 1974 galt der „Staatsplan 1425" zum flächendeckenden Doping von Leistungssportlern, überwacht von der MfS-Abteilung XX/3. „Oral-Turinabol" hieß die Wunderwaffe – ein anaboles Steroid in Form kleiner blauer Pillen, unter staatlicher Anleitung hergestellt von der Firma VEB Jenapharm. Das Mittel sorgte für schnelleres Muskelwachstum und ermöglichte längere Trainingsphasen. In Sportarten, in denen Minderjährige Weltklasseleistungen erzielen können, wurden schon

Doping-Schutzbrille, verteilt zur Leichtathletik-WM im August vor dem Olympiastadion.

13- und 14-Jährige damit versorgt, in der Leichtathletik, im Kanu- und Rudersport und in einigen Wintersportarten begann das Doping erst bei 16- und 17-Jährigen. Teilweise wurde an noch Jüngeren experimentiert. Im Mädchenturnen z.B. sollten Wachstumshemmer die Sportlerinnen besonders klein, grazil und damit beweglich halten. Zu den dauerhaften Folgeschäden zählen u.a. extremer Körperhaarwuchs, Veränderungen im Genitalbereich, Fruchtbarkeitsstörungen, tiefere Stimmlage - besonders bei Mädchen, Stoffwechselstörungen, erhöhtes Krebsrisiko, Leber- und Herzschäden. Die offizielle Sprachregelung schrieb den verharmlosenden Begriff „unterstützende Mittel" vor.

Um die Planerfüllung, d.h. möglichst viele internationale Medaillen, zu gewährleisten, wurde erst gar nicht von einer Zustimmung der Betroffenen ausgegangen. Die Trainer verabreichten den Jüngeren die Mittel als „Vitaminpillen", den Älteren in der Regel als unschädliche „unterstützende Mittel". Auch die Eltern wurden nicht aufgeklärt.

In einem Interview für Welt-Online am 7. September 2009 sagte die Schriftstellerin und ehemalige DDR-Leistungssportlerin Ines Geipel: „Es fing schon sehr früh ziemlich breit an mit den männlichen Sexualhormonen. Die ersten Texte in den medizinischen Zeitungen der DDR über Spätfolgen gab es ab Mitte der Fünfziger. Da wußte man schon Bescheid über schwere Organschäden und Sterilisierung von Frauen. Und ich hab Dopingunterlagen gesehen von achtjährigen Schwimmern. Achtjährigen!"

Ines Geipel gehört auch zu den Mitgliedern des Doping-Opfer-Hilfe Vereins, der sich seit 1999 für DDR-Dopingopfer einsetzt und durch Aufklärung über körperliche Langzeitschäden versucht, im Jugend- und Breitensport der Einnahme von Dopingmitteln vorzubeugen. Diese beiden Aufgabenfelder brachten den Verein bereits mehrfach auf Konfrontationskurs zur Weichspül- und Persilschein-Taktik ehemaliger DDR-Trainer und Sportärzte, die heute im bundesdeutschen Leistungssport tätig sind. So erhob er Einspruch, als sechs belastete Trainer kürzlich mit einem Brief ihre Anstellung retten wollten (und offenbar auch konnten), nachdem sie 20 Jahre lang jede Doping-Beteiligung abgestritten hatten: „Wir waren im Einzelfall am Einsatz unterstützender pharmazeutischer Substanzen (Dopingmittel) beteiligt. … Bei einer Weigerung, diese Mittel weiterzugeben, hätten uns der Ausschluß aus dem Leistungssport und damit erhebliche berufliche Nachteile gedroht… Soweit die Sportler durch den Einsatz von Dopingmitteln gesundheitliche Schäden davongetragen haben sollten, sind wir tief betroffen und bedauern dies sehr." Der Verein Doping-Opfer-Hilfe war es auch, der im August dieses Jahres bei den Leichtathletik-Weltmeisterschaften vor dem Olympiastadion in Berlin 20 000 Doping-Schutzbrillen mit der Aufschrift „Ich will das nicht sehen!" verteilte. Diskus-Weltmeister Robert Harting fühlte sich daraufhin zu dem Satz provoziert: „Wenn der Diskus aufkommt, soll er gleich gegen eine der Brillen springen, die die Dopingopfer hier verteilt haben – damit sie wirklich nichts mehr sehen." Harting hatte sich zuvor bereits öffentlich für die Freigabe von Dopingmitteln ausgesprochen. Sein Trainer ist Werner Goldmann, der nach Aktenlage tief ins DDR-Staatsdoping verstrickt sein soll.

In diesem Jahr verlieh der Doping-Opfer-Hilfe Verein in Berlin zum sechsten Mal die Heidi-Krieger-Medaille, europaweit der einzige Preis für engagiertes Wirken gegen Doping im Spitzensport. Dopingopfer Andreas Krieger hat dafür jene Goldmedaille gespendet, die er vor seiner geschlechtsangleichenden Operation als Kugelstoßerin Heidi Krieger bei den

> IMV „Rolf" berichtete zum anderen über die Sektionsärztin Schwimmen des SC DHfK Engelhardt. Die E. hatte sich schon im November 1975 bei Dr. Fleischer SHB versucht wegen der Verabreichung von Anabolika an minderjährige Schwimmer des Clubs „Rückenfreiheit" zu holen. Sie wisse nicht, was sie machen solle, wen Elternteile sie daraufhin ansprechen und habe in gewissem Sinne Angst, daß ihr etwas passieren könnte. Ohne den zuständigen Verbandsarzt Dr. Kipke zu informieren, ist sie deshalb mit Dr. Fleischer am 5.12.75 zur Dr. Höppner nach Berlin gefahren, um sich zu beraten über die Richtigkeit dieser von der Ärztekommission u. der Leistungssportkommission beschlossenen Maßnahme. Sie wurde dort nochmals auf ihre Schweigepflicht hingewiesen u. mit der einheitlichen Argumentation vertraut gemacht.
>
> - Sportler unter 18 Jahren bekommen grundsätzlich Vitaminspritzen, auch

Europameisterschaften 1986 gewann. Am 20. August ging die Anerkennung zu gleichen Teilen an vier ehemalige Trainer, die sich den unterschiedlichen Dopingsystemen in Deutschland verweigert hatten – zwei aus dem Westen, zwei aus dem Osten. In seiner Begrüßung kündigte der Vorsitzende des Vereins, Dr. Klaus Zöllig, die Einrichtung eines Doping-Archivs in Weinheim an, das öffentlich zugänglich sein soll. Dort werde die nach Umfang und Vollständigkeit wahrscheinlich einzigartige Dokumentensammlung des Zellbiologen und Doping-Kritikers Prof. Dr. Werner Franke zur Nutzung aufbereitet. Sicherheitskopien befänden sich derzeit in Texas und Berlin. Franke hielt dann auch die Laudatio. Und während ein paar Kilometer weiter Zehntausende den Heroen der Leichtathletik zujubelten, entwarf er ein restlos desillusionierendes Bild des deutschen Spitzensports. Es sei „für einen Naturwissenschaftler unerträglich, wie die Bevölkerung beschissen wird, mit Wissen aller Beteiligten". Über die Preisträger sagte er: „Sie hatten nur ihre Menschlichkeit, die Courage zu widerstehen."

wenn von den Eltern das Gegenteil behauptet wird.

- Sportlern über 18 Jahren wird erklärt, daß sie leistungsfördernde unterstützende Mittel erhalten die nicht schädlich sind. Zur Begründung wird außerdem erklärt, daß alle westlichen Sportkreise ebenso arbeiten und wir, wenn wir darauf verzichten, benachteiligt sind.

Alle diese ausgesuchten Sportler sind durch die Trainer schriftlich zum Schweigen verpflichtet. Wenn dennoch Elternteile sich erkundigen wollen, so wird darauf verwiesen, daß alle medizinischen Fragen mit dem Sportler selbst beraten und geklärt wurden, weil es sich ja um Erwachsene handelt.

In allen anderen Sportarten wird ebenso verfahren.

(Quelle Dokument: Werner Franke)

Zu ihnen gehörte **Hansjörg Kofink**, Bundestrainer der Frauen im Kugelstoßen, der 1972 vom Deutschen Leichtathletik-Verband aufgestellte Olympianormen ablehnte, die sich am Ostblock orientierten. Diese Leistungen zu erbringen sei „ohne Anabolika undenkbar". Er behielt recht und wurde vom Verband ausgebootet. Zu ihnen gehörte auch **Horst Klehr**, Apotheker und Gründungsmitglied der ersten Dopingkommission des Deutschen Leichtathletik-Verbandes, der in den 70er und 80er Jahren gewaltig bei den Sportfunktionären aneckte, weil er die Doping-Bekämpfung ernstnahm. Auch ihn stellte man schließlich kalt.

Mit **Henner Misersky**, dem ehemaligen Skilanglauf-Trainer beim SC Motor Zella-Mehlis, wurde eine der rühmlichen Ausnahmen des DDR-Sports geehrt. Er hatte sich 1985 geweigert, den jugendlichen Langläufern „unterstützende Mittel" zu geben. Dies hätte auch seine Tochter Antje betroffen, die später noch Biathlon-Olympiasiegerin wurde. Misersky verlor seine Trainer-Stelle und mußte den Verein verlassen. Das Tragische daran: Vater und Tochter waren bisher überzeugt, damals der Doping-Praxis entkommen zu sein. Kürzlich belegte nun ein Aktenfund bei der BStU, daß Antje Misersky bereits 1984 ohne ihr Wissen und ohne Wissen ihres Vaters und Trainers Oral-Turinabol verabreicht bekommen hatte. Fast einer Sensation kommt es gleich, daß der Fall der vierten Preisträgerin überhaupt bekannt wurde. Die DDR-Rudertrainerin **Johanna Sperling** hatte 1963 die Sportlerinnen eines Vierers ausgebildet, durfte ihre Mädchen dann aber nicht mehr ins Trainingslager der Nationalmannschaft und zu Wettkämpfen nach Moskau begleiten. Deshalb schrieb sie ihnen aus Leipzig einen Brief, den eine der Ruderinnen zufällig bis heute aufbewahrte. Ein vergleichbares historisches Dokument, das den frühen Widerstand gegen Doping belegt, gibt es bisher wohl nicht. Johanna Sperling durfte bald nur noch Nachwuchssportler ausbilden und glaubte zunächst, die Rückstufung läge an ihrer mangelnden Leistung. Unter den neuen Betreuern trainierten die Mädchen weniger und gewannen mehr Medaillen. Doch diese Trainer, sagt sie rückblickend, haben sich mehr „bei der Pharmaindustrie aufgehalten als beim Training".

- lepl -

Johanna Sperling an die „Sperlinge" Leipzig 1963,

Meine lieben „Mädchen"!

Als letzten Gruß vor der Reise nach Moskau will ich euch noch ein paar Zeilen schicken. […] Noch eins: Ich bitte euch ganz ernsthaft, kein, aber auch kein einziges Mittelchen zu schlucken, das eure Leistung angeblich steigert; und wenn es als noch so harmloses, als vollkommen unschädlich, aber wunderwirkend euch gepriesen wird; auch wenn man euch sagt, daß ihr dann die einzigen seid, die nichts zu sich nehmen, bitte weist es zurück. Seid stolz darauf und denkt an die kommenden Wettkampfjahre und denkt an eure Gesundheit. An der eigenen Willensstärke erleidet ihr keinen Schaden, und davon habt ihr genügend zur Verfügung. Ich könnte euch Beispiele nennen, welche Auswirkungen solche Mittel der Wettkampfvorbereitung hatten – jetzt würde das zu weit führen, glaubt mir nur so viel, daß es nie gut ist. Und wenn es nur das Schamgefühl wäre, das sich eurer nach einem erfolgreichen Rennen bemächtigen würde – ihr könntet euch nicht ehrlich eines Sieges freuen.

Umschlag von Johanna Sperlings Brief.

Literatur

Grit Hartmann: Goldkinder. Die DDR im Spiegel ihres Spitzensports. Forum Verlag Leipzig 1998, 352 S., 20,35 €

Giselher Spitzer: Wunden und Verwundungen. Sportler als Opfer des DDR-Dopingsystems. Sportverlag Strauß 2007, 600 S., 28,80 €

Klaus Latzel, Lutz Niethammer (Hg.): Hormone und Hochleistung. Doping in Ost und West. Böhlau Verlag Köln 2008, 265 S., 29,90 €

Klaus Latzel: Staatsdoping. Der VEB Jenapharm im Sportsystem der DDR. Verlag Böhlau Köln 2009, 312 S., 34,90 €

Brigitte Behrendonk: Doping. Von der Forschung zum Betrug. Nur antiquarisch

Hans-Joachim Seppelt, Holger Stück: Anklage: Kinderdoping. Das Erbe des DDR-Sports. Nur antiquarisch

Ines Geipel: Doping. Verlorene Spiele. Nur antiquarisch

Das Ende der DDR-Wirtschaft

Leben von der Substanz

(st)Nicht nur die täglich erfahrbare Realität im DDR-Sozialismus, auch die seit 20 Jahren Stück für Stück aufgedeckten ökonomischen Zahlen und Fakten sollten inzwischen keinen Zweifel mehr daran lassen, daß die Volkswirtschaft der DDR 1989 vor dem Kollaps stand. Jahrzehntelang hatten Partei- und Staatsführung dem Ausland, der eigenen Bevölkerung und schließlich auch sich selbst ein völlig unrealistisches Bild von der Wirtschaftskraft des Landes vorgegaukelt. Der Wille, diese Darstellung gegen alle Argumente beizubehalten, wird mittlerweile gespeist aus einer unguten Mischung ideologischer Rechthaberei, Bemäntelungsversuchen eigenen Versagens und Verklärung der Vergangenheit. Zum Beispiel schrieb die „Junge Welt", Nachfolgerin der gleichnamigen FDJ-Zeitung, am 15. September 2008: „Nicht die DDR, sondern die BRD lebte und lebt über ihre Verhältnisse. Die Legende von der ‚Pleite der DDR' ist eine Verleumdung." So pauschal diese Behauptung im Raum steht, so problematisch ist es, sie ohne wirtschaftswissenschaftliche Vorbildung zu widerlegen. Doch kurz nach seinem Amtsantritt im Herbst 1989 gab der neue SED-Generalsekretär Egon Krenz selbst ein Gutachten über die tatsächliche wirtschaftliche Situation der DDR in Auftrag, das von Gerhard Schürer (Vorsitzender der Staatlichen Plankommission), Gerhard Beil (Minister für Außenhandel), Alexander Schalck-Golodkowski (Staatssekretär im Ministerium für Außenhandel, Oberst des MfS und Leiter des Bereichs „Kommerzielle Koordinierung"), Ernst Höfner (Finanzminister) und Arno Donda (Leiter der Zentralverwaltung für Statistik) erarbeitet wurde. Die Bilanz dieses Geheimpapiers war niederschmetternd:

Plakat für den Fünfjahrplan 1946-50.

Kosten für mikroelektronische Erzeugnisse betragen ein mehrfaches des internationalen Standards, unterdurchschnittliche Ernten erfordern Getreideimporte aus dem Westen, der Verschleißgrad des Autobahn- und Straßennetzes ist hoch, Tausende von Wohnungen sind nicht mehr bewohnbar, die gesamte Struktur der industriellen Produktion hat sich nicht bewährt und zu weiteren Rückgängen geführt, das Nationaleinkommen wächst bedeutend langsamer als die Realeinkommen, Exportpläne sind nicht erfüllt, Zahlungsunfähigkeit steht unmittelbar bevor...

Um den drohenden Offenbarungseid abzuwenden, forderten die Experten drastische Maßnahmen, die eine Absage an die sozialistische Planwirtschaft und eine radikale Wendung der DDR-Sozialpolitik nach sich gezogen hätte.

Das „Schürer-Papier"

Auszüge aus den Schlußfolgerungen der „Analyse der ökonomischen Lage der DDR" vom 27. Oktober 1989

Es ist eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR verbunden mit einer Wirtschaftsreform erforderlich[...]

Grundlegende Aufgaben sind:

- Das vorhandene Leistungsvermögen unseres Landes ist umfassend auszuschöpfen durch konsequente Stärkung der produktiven Akkumulation vorrangig in den Zweigen, die zur Erreichung eines wachsenden NSW-Exportüberschusses [NSW – Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet] einen maximalen Beitrag zur Sicherung der Liquidität zu leisten haben zu Lasten der Investitionen in den nichtproduzierenden Bereichen bereits mit dem Plan 1990.

- Die vorhandenen Kräfte und Ressourcen sind auf die Lösung der Zulieferprobleme und die Gewährleistung der volkswirtschaftlichen Verflechtungen als bedeutende Voraussetzung der Steigerung der Leistungsentwicklung und der Arbeitsproduktivität, auf den Export zur Sicherung der Rohstofflieferungen aus der UdSSR und einen wachsenden NSW-Exportes sowie die Lösung der Versorgungsaufgaben der Bevölkerung zu konzentrieren.

- Es ist eine Umstrukturierung des Arbeitskräftepotentials erforderlich, um das Mißverhältnis zwischen produktiven und unproduktiven Kräften in der gesamten Wirtschaft und im Überbau zu beseitigen, d.h. drastischer Abbau von Verwaltungs- und Bürokräften sowie hauptamtlich Tätiger in gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen.

- Als Grundfrage der konsequenten Durchsetzung des sozialistischen Leistungsprinzips ist die Erhöhung der Einnahmen direkt an höhere Leistungen zu binden. Das erfordert zugleich für nicht gebrachte Leistungen, Schluderei und selbstverschuldete Verluste Abzüge von Lohn und Einkommen.

- Die Investitionen sind für die Erhaltung, Modernisierung und Rationalisierung einzusetzen, um eine bedeutende Einschränkung von Arbeitsplätzen zu erreichen, den eingetretenen Aderlaß von Arbeitskräften auszugleichen und Arbeitskräfte für die neuen Prioritäten zu gewinnen[...]

- Alle Elemente der Subventions- und Preispolitik, die dem Leistungsprinzip widersprechen sowie zur Verschwen-

dung und Spekulation führen, sind zu beseitigen. Ausgehend von der Lage kann bei der Einschränkung der Subventionen kein voller Ausgleich gezahlt werden. Es sind weitere, die Durchsetzung des Leistungsprinzips fördernde, Kaufkraft bindende Maßnahmen erforderlich[...]

Gleichzeitig sind Maßnahmen zur Kaufkraftbindung[...] durch Veredelung[...] eigener landwirtschaftlicher Rohstoffe wie Milch und Fleisch, durch Entwicklung von Dienstleistungen und Gewerbe bzw. Bildung von Sachvermögen durch industriellen Eigenheimbau und eventuellen Kauf von Etagenwohnungen vorzuschlagen.

- Die Stärkung der produktiven Akkumulation erfordert, für die kommende Zeit eine Reduzierung der eingesetzten Ressourcen für den komplexen Wohnungsbau, der gegenwärtig 75% aller Investitionen in den nichtproduzierenden Bereichen beansprucht[...]

Durchführung einer Wirtschaftreform mit sofort wirksamen und langfristig wirkenden Maßnahmen

Dazu gehören

- Abschaffung der zentralen Planung und Abrechnung der Tagesmeldungen sowie der zentralen Dekaden- und Monatsplanung.

- Reduzierung der Aufgaben des Staatsplanes Wissenschaft und Technik von 3800 Positionen auf 600 bis 800 Positionen[...] Gleichermaßen ist die Zahl der Staatsaufträge von rd. 40 auf 25 einzuschränken[...]

- Die Übernahme von Klein- und Mittelbetrieben durch Kombinate[...] ist einzustellen bzw. zu prüfen, wo sie wieder ausgelagert werden können[...]

- Die Steuergesetzgebung für Handwerk und Gewerbe ist sofort zu überarbeiten[...]

- Die Rolle des Geldes als Maßstab für Leistung, wirtschaftlichen Erfolg oder Mißerfolg ist wesentlich zu erhöhen.

- Der Wahrheitsgehalt der Statistiken und Informationen ist auf allen Gebieten zu gewährleisten[...]

Es ist eine neue Stufe der Zusammenarbeit der DDR mit der UdSSR zu verwirklichen. Das erfordert die Durchführung einer Politik der Zusammenarbeit zwischen unseren beiden Ländern ohne Vorbehalte und die Beseitigung des zwiespältigen Verhaltens zur Umgestaltung in der UdSSR[...]

Auch wenn alle diese Maßnahmen in hoher Dringlichkeit und Qualität durchgeführt werden, ist der[...] dargelegte für die Zahlungsfähigkeit der DDR erforderliche NSW-Exportüberschuß nicht sichtbar. 1985 wäre das noch mit großen Anstrengungen möglich gewesen. Heute besteht diese Chance nicht mehr. Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahr 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25 – 30% erfordern und die DDR unregierbar machen. Selbst wenn das der Bevölkerung zugemutet würde, ist das erforderliche exportfähige Endprodukt in dieser Größenordnung nicht aufzubringen.

Aus diesem Grund wird über die vorgenannten Schlußfolgerungen hinaus folgendes vorgeschlagen:

Es ist ein konstruktives Konzept der Zusammenarbeit mit der BRD und anderen kapitalistischen Ländern wie Frankreich, Österreich, Japan, die an einer Stärkung der DDR als politisches Gegengewicht zur BRD interessiert sind, auszuarbeiten und zu verhandeln[...]

- Die DDR ist interessiert, mit Konzernen und Firmen der BRD und anderen Ländern zu kooperieren, Lizenzen und Technologien zu übernehmen, Leasinggeschäfte durchzuführen sowie die Gestattungsproduktion weiter zu entwickeln, wenn der Aufwand refinanziert und ein Gewinn erreicht werden kann[...]

- Zur Erhöhung der Attraktivität des Tourismus aus kapitalistischen Ländern in die DDR sind auf der Grundlage der Refinanzierungsmöglichkeiten weitere Kapazitäten zu rekonstruieren bzw. zu erweitern. Es ist zu prüfen, daß gegenwärtig nicht voll genutzte Kapazitäten, die weder der Bevölkerung noch dem organisierten Tourismus zu Verfügung stehen, teilweise in die Kapazitätserweiterung für den NSW-Tourismus aufgenommen werden.

Es muß mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen werden, daß der Ausweg aus der Lage die Verwirklichung der vorstehend dargelegten Maßnahmen zur Veränderung von Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik erfordert.

Die Vorschläge zur ökonomischen Kooperation mit der BRD und anderen kapitalistischen Ländern sind ohne die[...] genannten Maßnahmen nicht durchführbar. Sonst würde ein Eintreten der Zahlungsunfähigkeit nicht vermeidbar sein, sondern beschleunigt werden.

Alle genannten Maßnahmen müssen bereits 1992 zu höheren Valutaeinnahmen für die Liquidität des Staates führen. Trotz dieser Maßnahmen ist es für die Sicherung der Zahlungsfähigkeit 1991 unerläßlich, zum gegebenen Zeitpunkt mit der Regierung der BRD über Finanzkredite in Höhe von 2 – 3 Mrd. VM [VM bedeutet Valutamark] über bisherige Kreditlinien hinaus zu verhandeln. Gegebenenfalls ist die Transitpauschale als Sicherheit einzusetzen.

Diese Vorschläge erhöhen die Verschuldung der DDR weiter und stellen ein Risiko dar. Die Verschuldung wird jedoch langfristig und refinanzierbar konzipiert und ist verbunden mit dem Zeitgewinn für die grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR und der Vermeidung eines Diktats des Internationalen Währungsfonds[...]

Dabei schließt die DDR jede Idee von Wiedervereinigung mit der BRD oder der

Plakat zum 40. Jahrestag der DDR 1989

Schaffung einer Konföderation aus. Wir sehen in unseren Vorschlägen jedoch einen Weg in Richtung des zu schaffenden europäischen Hauses entsprechend der Idee Michail Sergejewitsch Gorbatschows, in dem beide deutsche Staaten als gute Nachbarn Platz finden können.

[Der folgende Satz steht nur in der Gutachter-Vorlage. Er wurde aus der vom SED-Politbüro gebilligten Endfassung gestrichen.]

Um der BRD den ernsthaften Willen der DDR zu unseren Vorschlägen bewußt zu machen, ist zu erklären, daß durch diese und weitergehende Maßnahmen der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit DDR – BRD noch in diesem Jahrhundert solche Bedingungen geschaffen werden könnten, die heute existierende Form der Grenze zwischen beiden deutschen Staaten überflüssig zu machen.[...]

Als Zeichen der Hoffnung und der Perspektive ist die DDR bereit, 1995 zu prüfen, ob sich die Hauptstadt der DDR und Berlin (West) um die gemeinsame Durchführung der olympischen Spiele im Jahr 2004 bewerben sollten.

Vorwärts zu neuen Siegen

Wie 1984 der Kapitalismus unterging

1984 erschien in zweiter Auflage im Leipziger Urania-Verlag ein Buch mit dem stolzen Titel „Ins nächste Jahrhundert. Was steht uns bevor?", das auf 336 Seiten den ahnungslosen DDR-Leser einstimmen sollte auf den unabänderlichen Sieg des Kommunismus. Erich Hanke, der 1911 geborene Verfasser, war Arbeitersohn

aus dem Berliner Umland, ausgebildeter Maurer und KPD-Mitglied seit 1930, von 1936 bis 1945 hatte er wegen „Hochverrat" mit Erich Honecker (1912-1994) im Zuchthaus Brandenburg gesessen und danach im Parteiapparat rasch Karriere gemacht. So studierte er 1947 bis 1949 an der Parteihochschule „Karl Marx" in Kleinmachnow/Mark, war 1949/50 Direktor der Berliner „Arbeiter- und Bauernfakultät" gewesen, 1951 Professor an der Pädagogischen Hochschule Berlin geworden und 1955 an der Hochschule für Finanzwirtschaft in Potsdam-Babelsberg sowie an der Berliner Hochschule für Ökonomie. Bereits 1962, im Alter von 51 Jahren, hatte er sich entschlossen, den Kommunismus in seiner Biografie einzuführen, und war in den Ruhestand getreten, um mit „politökonomischem" Sachverstand den nahen Untergang des Kapitalismus zu erforschen.

Aus heutiger Sicht ist dieses vor einem Vierteljahrhundert von einem „erprobten Marxisten-Leninisten" (Nachwort 1983) veröffentlichte Buch nur noch eine gewaltige Lachnummer. Der Autor „errechnet" mit einer kaum mehr zu unterbietenden Scheinlogik den Untergang des Kapitalismus noch vor dem Jahr 2000 und schwärmt von der kommunistischen Zukunft, in der der „neue Mensch" nur vier Tage in der Woche arbeite und dennoch „im Überfluß" lebe. Für diese Utopie sind zwischen Helmstedt und Wladiwostok am Pazifik Millionen von Menschen als „Klassenfeinde" in Lagern und Zuchthäusern eingesperrt und umgebracht worden. Im letzten Kapitel „Der Kommunismus – eine Langeweile-Gesellschaft?" schreibt der kühne Denker dann so grauenhaft wirklichkeitsblinde Sätze wie: „Der kommunistische Mensch wird glücklich sein. Schon heute kennen die sozialistischen Länder weder die politische, ökonomische, geistige Unterdrückung noch die zahllosen psychischen Leiden, die durch Ausbeutung und Elend hervorgerufen werden, noch die Angst, die infolge der Unsicherheit der Existenz im Kapitalismus als ständiger Druck auf den Werktätigen lastet."

Mit wissenschaftlicher Leistung und Denkvermögen hat dieses Buch nichts zu tun, eher mit Kaffeesatz-Leserei. Wenn Erich Hanke im Nachwort von 1984 schreibt: „Es geht schon längst nicht mehr um die Frage, ob der Kommunismus siegen kann, sondern darum, wann er siegen wird", so hätte man ihm raten sollen, weniger Marx-Engels-Schriften oder Parteitagsbeschlüsse zu lesen und sich dafür einmal intensiv mit den nie erfüllten DDR-Wirtschaftsplänen und den Folgen für die DDR-Bevölkerung zu befassen. Hätte er 1981, als er das Buch schrieb, den DDR-Wirtschaftsführer Günter Mittag (1926-1994) angerufen, so hätte er (vielleicht) erfahren können, daß der SED-Staat damals schon pleite war und nur durch westdeutsche Finanzzufuhr in Milliardenhöhe am künstlichen Leben erhalten wurde. Acht Jahre später fiel die Mauer, der schlagendste Beweis gegen die kommunistische Zukunft.

Jörg Bernhard Bilke

Bürgerberatung

der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Berlin

Telefonische Beratung
und Terminvereinbarung:
(0 30) 23 24–70 00

Montag bis Donnerstag
8.00–17.00 Uhr

Freitag 8.00–14.00 Uhr

„Ein offen frei Bekenntnis“

80. Geburtstag von Oskar Brüsewitz – Grüße der Bundeskanzlerin

Am 30. Mai 2009 hätte Oskar Brüsewitz seinen 80. Geburtstag gefeiert. Aus diesem Anlaß veranstaltete die evangelische Kirche einen Tag später in der Rippichaer Dorfkirche einen feierlichen Pfingstgottesdienst, der ganz im Zeichen des Geburtstages stand. In dieser Kirche hatte Oskar Brüsewitz bis zu seinem Tod 1976 gepredigt. Nun hielt Pfarrer Ziehbart den Gottesdienst. Er war 1976 Amtsbruder von Brüsewitz.

Für den Pfingstnachmittag hatte Uwe Kraneis, Bürgermeister von Droßdorf und Rippicha, eine Feierstunde im neuen Gemeindezentrum organisiert. Er sagte: „Wir wollen an einen mutigen Pfarrer erinnern, der eine große Portion Zivilcourage aufbrachte in einer Zeit, in der das schwieriger war als heute. Und wir wollen uns unserer Geschichte stellen.“

Als Hauptrednerin war die Deutsche Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, eingeladen. In ihrem Namen hielt der Beauftragte für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe der Bundesrepublik, Günter Nooke, die Laudatio. Er überbrachte die Grüße der Bundeskanzlerin. Die Bundesregierung anerkenne und schätze das Bemühen derer hoch, die das Andenken an Oskar Brüsewitz wachhielten.

Es sei oft nur ein kleiner Moment, der einen Menschen zu einer Person der Zeitgeschichte mache und Wirkungen bis in die heutige Zeit habe. So ein Moment sei der 18. August 1976 gewesen, an dem sich Oskar Brüsewitz in Zeitz aus Protest gegen die Unterdrückung der Kirchen in der DDR selbst angezündet habe. „Von diesem Tag gingen Wirkungen aus, die in der friedlichen Revolution 1989 ihren Höhepunkt hatten und bis heute reichen. … Brüsewitz beging eine Heldentat, die nicht Vorbild sein konnte und auch nicht ist“, sagte Nooke. „Aber sie ermutigte Christen, deutlicher als zuvor als Christ in unchristlicher Umwelt zu leben.“

Als Pfarrer habe Oskar Brüsewitz in seiner Gemeinde gezeigt, wie viel Selbstbewußtsein man auch in einer Diktatur haben, mit welch einfachen Mitteln man Christsein in der DDR verteidigen konnte. „Ein offen frei Bekenntnis“, darum sei es Brüsewitz gegangen. Leidenschaftlich und phantasievoll für seine Kirche sei er gewesen. Damit habe er den „Frieden“ gestört, der sich in Mielkes Wahlkreis damals breitgemacht hatte.

Brüsewitz wurde zum Verfolgten, die Tochter trotz Bestnoten nicht zum Abitur zugelassen. Auf Veranlassung des SED-Staates sei Brüsewitz´ Spielraum immer weiter eingeengt, der Druck auf ihn immer größer geworden. Nooke rief die Umstände des Fanals, der Selbstverbrennung des Pfarrers noch einmal in Erinnerung. Sein Tod habe selbst bei marxistisch gesinnten Intellektuellen bewirkt, die eigene Parteiführung zu hinterfragen. „Oskar Brüsewitz brachte Bewegung in die Erstarrung. Er war einer der Anfänge vom Ende der DDR. … Er wurde Opfer im Kampf gegen den Kommunismus.“ Heute sei der Kommunismus tot. Es gäbe in Deutschland keine Unterdrückung der Kirche mehr. Dazu habe Oskar Brüsewitz beigetragen. „Sein Fanal war nicht vergebens“, so Günter Nooke.

Grußworte an die rund 200 Teilnehmer der Veranstaltung richteten auch Prof. Wolfgang Stock, Biograph der Bundeskanzlerin und Vorsitzender des Brüsewitz-Zentrums, sowie Monika Zarska aus Prag, Mitglied des Deutsch-Tschechischen-Gesprächsforums.

Prof. Stock wies darauf hin, daß man Brüsewitz´ gebrochenen Lebenslauf heute nur verstehen und entsprechend würdigen könne, wenn man sich die damaligen komplizierten Verhältnisse im geteilten Deutschland vergegenwärtige. Er habe Frau und Kleinkind in Westdeutschland zurückgelassen und sei ganz am Boden gewesen, als er in der DDR ankam. Da hätten ihm DDR-Christen geholfen und wieder Lebensmut gegeben, mit dem Ergebnis, daß er ein ganz neues, konsequentes Leben im Dienste Gottes und der Kirche begonnen habe. Zu einem seiner Leitsätze sei geworden: „Wir warten nicht auf den Kapitalismus, wir warten nicht auf den Kommunismus, sondern auf das Reich Gottes.“ Dieser Satz wäre auch heute noch für Christen sehr aktuell.

Frau Zarska erinnerte an die Parallelen zu Jan Pallach, der sich 1969 nach der Niederschlagung des Prager Frühlings in Prag aus Protest angezündet hatte. Auch er war von Parteipresse und Geheimpolizei als nicht ganz normal und geisteskrank verleumdet worden, um seinen mutigen Widerstand zu diskreditieren.

Foto: Oskar Schmidt

Feierstunde im Gemeindezentrum. Familie Fecht (v.l.) mit der Tochter aus Brüsewitz' erster Ehe.

Zum Ausklang der Veranstaltung gab Bürgermeister Kraneis seiner Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen möge, den geplanten Aussichtsturm zu bauen und ihm den Namen von Oskar Brüsewitz zu verleihen. Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt habe im Vorfeld sowohl diese Veranstaltung unterstützt als auch finanzielle Hilfe für den Aussichtsturm signalisiert. Günter Nooke und die anwesenden Töchter von Oskar Brüsewitz, Esther Fröbel und Renate Fecht, unterstützen ebenfalls das Aussichtsturm-Projekt.

Oskar Schmidt

Manches Mal flossen Tränen

Ehefrauen politischer Häftlinge im Erfahrungsaustausch

Aufarbeitung ist nicht nur Erinnerung, sondern heißt häufig auch sehr harte Arbeit, besonders für die Betroffenen.

Die Stiftung Aufarbeitung hat es sich zur Aufgabe gemacht, Geschehnisse aus der Zeit des kommunistischen Terrors, die bis heute fortwirken, filmisch umzusetzen und damit an nachfolgende Generationen weiterzugeben, Verständnis zu wecken und so einen bewußteren Umgang mit den Werten von Demokratie und Rechtsstaat zu fördern. Zu diesem Zweck findet im Haus der Stiftung in Berlin-Mitte eine Reihe von Arbeitstagungen statt, die sich mit den Auswirkungen kommunistischen Terrors auf die Opfer und ihre Angehörigen bis heute befaßt.

Am 29. Juli waren erstmals auch die Ehefrauen ehemaliger politischer Strafgefangener eingeladen, um die Veränderungen ihrer Ehemänner, hervorgerufen durch die Haft, zu diskutieren, wie auch ihre eigenen Lebensumstände als plötzlich allein dastehende Ehefrauen, die nun unter erschwerten Bedingungen ihre Kinder großziehen mußten. Verschärfend kam hinzu, daß die Frauen von „Verbrechern" ohnehin ständig unter Verdacht und Beobachtung standen.

Tragen mit an der schweren Vergangenheit ihrer Männer: (v.l.) Friedelind Fricke, Renate Scholz, Heide Draexler-Just, Christa Möller, Ingrid Schüler, rechts Moderatorin Alexandra Pohlmeier.

Als Teilnehmerinnen waren gekommen Ingrid Schüler und Renate Scholz für die Frauen der GULag-Häftlinge, Christa Möller und Friedelind Fricke als Ehefrauen von Harald Möller (Bautzen) und Karl Wilhelm Fricke (Brandenburg und Bautzen II) sowie Heide Draexler-Just als Ehefrau von Gustav Just, der für die Gruppe der ebenfalls inhaftierten Linienabweichler (Gruppe Harich) stand. Mit diesen wurde von der Parteiführung nach dem Motto „Feind ist, wer anders denkt!" verfahren.

Die Tagung begann um zehn und endete um sechzehn Uhr. Für alle befragten Frauen, ebenso aber auch für Moderatorin Alexandra Pohlmeier, war das ein wirklich harter Arbeitstag. Wenn die Frauen von den wirren Alpträumen ihrer Männer und den durchwachten Nächten mit den immer wieder durchlebten eigenen Ängsten berichteten, flossen manches Mal die Tränen.

Im März dieses Jahres war bereits eine Arbeitstagung vorangegangen mit ehemaligen politischen Häftlingen, die von Sowjetischen Militärtribunalen verurteilt worden waren oder, wie in meinem Fall, die nie ein Gericht zu Gesicht bekamen, sondern ein „Fernurteil" per Post aus Moskau. Alle diese „Staatsfeinde" wurden, wenn nicht zum Tode, mit langjährigen Haftstrafen in sogenannte ITL-Lager, Arbeits- und Erziehungslager in der Sowjetunion, verbannt. Andere politische Häftlinge hatten Widerstand geleistet, nicht mehr nach der Parteilinie gespurt oder waren von der DDR-Staatssicherheit aus dem Westen verschleppt worden. Sie standen vor DDR-Gerichten und kamen anschließend in Stasi-Gefängnisse.

Beide Tagungen verlangten ihren Teilnehmern einiges ab an innerer Kraft und Durchhaltevermögen. Auch die schon erwähnte Moderatorin sowie die Veranstaltungsleiter Dr. Anna Kaminsky und Dr. Jens Hüttmann von der Stiftung Aufarbeitung hatten es nicht leicht. Man darf gespannt sein, wie die Dokumentation gelingen wird.

Lothar Scholz

Staatsminister in Cottbus

Am 27. August besuchte mit Staatsminister Neumann (l.) der bisher ranghöchste Bundespolitiker das Menschenrechtszentrum Cottbus und würdigte dabei die Aufarbeitung der Zuchthausgeschichte. Brandenburgs Wissenschaftsministerin Prof. Dr. Johanna Wanka stellte Fördermittel in Aussicht. Der Vorsitzende des Menschenrechtszentrums, Dieter Dombrowski (r.), übergab dem Minister die erste Publikation zur Cottbuser Gefängnisgeschichte von Dr. Tomas Kittan, die in den nächsten Monaten erscheinen soll.

Grausame Klarheit

Ungewöhnliche Aktion am Potsdamer Platz

(st)Berlin, am 13. August 2009. Der Bau der Berliner Mauer jährt sich zum 48. Mal. An der Gedenkstätte in der Bernauer Straße werden Kränze niedergelegt, nebenan in der Kapelle der Versöhnung eine Andacht gehalten. Vertreter von Bund und Land sprechen Worte des Gedenkens. Auch in anderen Städten wird an den Mauerbau erinnert. Die Medien machen Bilder, suchen sich ein paar zitierfähige Sätze heraus. Ein 13. August wie jedes Jahr.

Eigentlich ist es Anliegen aller Opferverbände, die Gleichförmigkeit der Jahrestage zu durchbrechen, doch das ist schwer. Zu Demonstrationen kommen viel zu wenig Teilnehmer, Transparente sind gut und schön, doch nicht wirklich aufsehenerregend, anklagende Vorträge schon gar nicht. Was also tun?

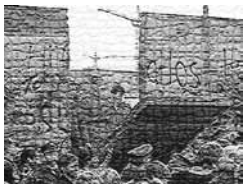
Eine durchschlagende Idee hatten in diesem Jahr die VOS-Landesgruppe Berlin-Brandenburg und die Vereinigung 17. Juni 1953. Eine sogenannte Touristenattraktion am Potsdamer Platz sorgt bei den ehemaligen politisch Verfolgten seit langem für Empörung. Dort stehen als Grenzsoldaten verkleidete Studenten an den Mauersegmenten einer Ausstellung und verteilen fröhlich an Berlin-Urlauber echte DDR-Visa für zwei Euro das Stück. Auch die DDR-Fahne fehlt nicht, und natürlich wird fotografiert wie verrückt. Gegen diese makabre Inszenierung hilft nur eine andere Inszenierung, hatten sich die ehemaligen politischen Häftlinge wohl gedacht, und ihr Konzept ging auf.

Schüsse hallen über den Potsdamer Platz. Drei Menschen, die sich anschicken, auf die Mauerteile zu klettern, fallen zurück und bleiben mit blutigen Einschußlöchern leblos liegen. Die ehemaligen Häftlinge Tatjana Sterneberg und Carl-Wolfgang Holzapfel treten vor und beginnen, die Namen der 136 (bis jetzt nachgewiesenen) Todesopfer an der Berliner Mauer zu verlesen. Jedem Namen folgt eine dröhnende MG-Salve. Dieser grausamen Klarheit der Symbole kann sich bald keiner mehr entziehen. Passanten treten hinzu, die Szene ist dicht umlagert. Andere ehemalige Häftlinge stehen mit Plakaten da, auf denen Forderungen der Opferverbände zu lesen sind. So rücken auch sie in den Kreis der Aufmerksamkeit. Medienvertreter stellen Fragen, Zuschauer diskutieren. Den Visa-Verkäufern ist mulmig zumute, sie haben eingepackt, das Interesse hat sich ohnehin verlagert. Als alle Namen verlesen sind, ist es irgendwie kälter geworden auf dem Potsdamer Platz.

Eine Aktion, die unter die Haut ging.

Erinnert

Keine Befürchtungen mehr



„Freude oder Furcht – oder beides?" fragten wir im vergangenen Jahr die Leser, um zu erfahren, wie und mit welchen Gefühlen ehemalige politisch Verfolgte der SBZ/DDR den Fall der Mauer 1989 erlebten. Die Veröffentlichung der Zuschriften wird bis zum Jahresende fortgesetzt.

Am 7. September 1953 verurteilte das Bezirksgericht der DDR Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) aus politischen Gründen meinen Kollegen Werner Hoffmann zum Tode und gleichzeitig Lothar Scheuner, Ulrich Kirmse und mich zu lebenslänglich sowie Irene Hoffmann zu 15 Jahren Zuchthaus. Werner wurde hingerichtet, unsere Berufungen ohne Verhandlung zurückgewiesen. Nach elf Jahren, am 17. Dezember 1964, wurde ich aus dem Zuchthaus Brandenburg entlassen. In Nordhausen wurde ich vom Schlepperwerk, dem späteren Motorenwerk, als „Sachbearbeiter für neue Lohnformen" eingestellt. Diese Arbeit führte ich bis 1975 aus; dann war ich im Großhandelsbetrieb „Waren täglicher Bedarf" als Justitiar tätig, ab 1990 als Leiter des Rechtsamtes der Stadt Nordhausen.

Die Ereignisse im Herbst des Jahres 1989 erfüllten mich mit großer Freude und Genugtuung. Die Macht der SED brach Schritt für Schritt auseinander, und der Weg für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten öffnete sich. Bis dahin mußte ich fürchten, während einer innenpolitischen Krise verhaftet zu werden, denn mir war bekannt, daß ich von der Staatssicherheit in ihrer Vorbeugekartei für Festnahmen geführt wurde. In der DDR waren Isolierungslager für Oppositionelle, politisch Verurteilte und andere politisch Unzuverlässige vorbereitet worden. Doch nach dem Mauerfall hatte ich in dieser Hinsicht keinerlei Befürchtungen mehr, ich fühlte mich absolut sicher. In einem vereinigten Deutschland mit einer wirklichen Rechtsordnung brauchte ich keine Angst mehr vor unrechtmäßigen Freiheitsbeschränkungen zu haben. Das machte mich froh! Jedenfalls überwog meine Freude über die gewonnene Freiheit bei weitem alle Gefühle von Unsicherheit, die noch nicht völlig ausgeräumt waren. Heute kann ich mit Gelassenheit auf den Verlauf und die Ergebnisse meines Lebensweges zurückblicken.

Helmut Pfeiffer, Nordhausen

Der Westen hatte nichts zu bieten

Vom Hitler-Stalin-Pakt zum Zweiten Weltkrieg

Von Werner Rösler

Im Spätsommer 1939 spitzte sich die internationale Lage dramatisch zu. Die Forderungen Deutschlands an Polen nahmen Ausmaße an, die militärischen Widerstand immer wahrscheinlicher werden ließen.

Bisher waren die Annexionsakte Hitlers von großen Teilen des Auslands als ein Ausbruch aus dem – verständlicherweise – als

Beim Unterzeichnen des Paktes: Molotow (sitzend) und Ribbentrop (direkt dahinter).
Quelle: National Archives a. Records Administration

ungerecht empfundenen Versailler Friedensvertrag von 1919 betrachtet worden. Vor allem die britische Regierung versuchte durch Beschwichtigung (Appeasement), Widerstand gegen diese Politik des „Heim ins Reich" zu verhindern. Jede ernsthafte Veränderung der Machtkonstellation in Europa, etwa durch gewaltsame Auseinandersetzungen, mußte ihre Positionen in den Kolonien und Dominien gefährden. Als jedoch am 15. März 1939 deutsche Truppen in Prag einrückten und die Tschechoslowakei von der Landkarte löschten, war auch London und Paris klargeworden, daß es den Nazis bei ihrer angeblichen Zusammenführung aller Deutschen in einer Heimstatt nicht um die Menschen ging, sondern allein darum, günstige Positionen zur Sicherung der Vormacht in Europa zu erlangen. Damit waren originäre Interessen Großbritanniens und Frankreichs berührt. Nach der Tschechoslowakei durfte Polen keinesfalls kampflos in die Hände der Deutschen fallen. Beide Länder garantierten deshalb am 31. März 1939 die Grenzen dieses durch deutsche Aggression gefährdeten Landes.

Die Sowjetunion hatte bei den außenpolitischen Überlegungen des Westens bis dahin kaum eine Rolle gespielt. Nun jedoch erhielt sie strategische Bedeutung. Die Generalstäbe in Paris und London wußten, daß Polen nur mit Rückendekkung der Roten Armee über längere Zeit einem deutschen Angriff widerstehen könnte. Sie forderten daher, einen Modus zu finden, um Moskau bei der Abwehr deutscher militärischer Aktionen einbinden zu können. In Berlin wiederum fürchtete die konservative Generalität bei einem etwaigen Zusammengehen Großbritanniens, Frankreichs, Polens und der Sowjetunion einen Zweifrontenkrieg, der unter allen Umständen verhindert werden mußte. Er war, ihrer Meinung nach, eine der Hauptursachen für die deutsche Niederlage im Ersten Weltkrieg. Sie standen deshalb einem Arrangement des Reiches mit Moskau nicht ablehnend gegenüber - besonders in Erinnerung an ihre enge und erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Roten Armee bei der illegalen Wiederaufrüstung der deutschen Reichswehr entgegen den militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages.

In Moskau beobachteten Stalin, Molotow und ein ganz enger Kreis von Getreuen diese Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit. Ihre Bemühungen, gemeinsam mit dem Völkerbund und den Westmächten eine Art kollektiver Sicherheit gegen die Expansionsakte Nazi-Deutschlands zu entwickeln, war gescheitert. London und Paris hatten der Sowjetunion nichts zu bieten, was ihre allgemeine Lage verbessert hätte. Polens Grenzen zu schützen und den Status quo im Baltikum und sonst in Osteuropa zu sichern, ohne selbst dort nach Gutdünken handeln zu können, konnte kein Anreiz sein, sich in ein militärisches Abenteuer zu stürzen. Entsprechend dieser Interessenlage war es also völlig gleichgültig, ob die Delegationen aus dem fernen Westen ein langsames oder schnelleres Schiff benutzten, um nach Moskau zu reisen, ob ihre Mitglieder Rang und Namen hatten – sie hatten einfach nichts zu bieten. Ganz anders die Angebote der Deutschen, die in geheimen Verhandlungen deutlich geworden waren: Nichtangriffspakt, Ausschaltung Polens durch seine Aufteilung zwischen der Sowjetunion und Deutschland, Bessarabien, freie Hand gegenüber den baltischen Staaten und Finnland, günstige Wirtschaftsbeziehungen, Lieferung hochwertiger Maschinen und Ausrüstungen gegen Lebensmittel und Rohstoffe. Dazu eine ausgezeichnete Perspektive: Krieg fern von den Grenzen der Sowjetunion, keine Gefahr einer „Einheitsfront", die kapitalistischen Mächte zerfleischen sich gegenseitig, die Werktätigen werden aufbegehren und das Morgenrot der Weltrevolution wird erleuchten, so die Visionen Stalins und seines Anhangs.

Am 22. August 1939 war Chruschtschow (Politbüromitglied der KPdSU), der sich auf dem Wege zu einem Jagdausflug befand, Gast bei Stalin, der ihm von dem bevorstehenden Staatsbesuch des deutschen Außenministers Ribbentrop erzählte. Chruschtschow, der von den laufenden Verhandlungen nichts wußte, war, wie er später berichtete, „zuerst sprachlos. Ich starrte ihn an und glaubte, er habe einen Witz gemacht... Warum sollte Ribbentrop uns sprechen wollen... will er etwa überlaufen?" „Fahren Sie ruhig..." antwortete Stalin, „wenn Sie von der Jagd wieder zurückkommen, werde ich Sie wissen lassen, was Hitler vorhat." Am nächsten Tag traf Ribbentrop mit einer 30-köpfigen Delegation in Moskau ein. Der Flughafen war mit Hakenkreuzen geschmückt, ein Orchester spielte das Deutschlandlied. Bei den anschließenden Verhandlungen einigte man sich schnell. Osteuropa wurde wie vorgesehen in Einflußsphären aufgeteilt. Selbstverständlich erfuhr die Öffentlichkeit davon nichts. Offiziell gab es nur einen „Nichtangriffspakt". Damit hatte Hitler den Rücken frei. Er konnte handeln. Am 1. September 1939 marschierte die deutsche Wehrmacht in Polen ein.

Nichtigkeitserklärung

Die Sowjetunion leugnete 50 Jahre lang die Existenz der geheimen Zusatzprotokolle. Erst 1989 unter Michail Gorbatschow wurden sie veröffentlicht. Am 24. Dezember 1989 erklärte der Volksdeputiertenkongreß der UdSSR den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt und seine Zusatzprotokolle rückwirkend von Anfang an für nichtig.

Ganoven und Nonnen

Soziale Verhältnisse im sowjetischen Frauenarbeitslager

Von Gertrud Loewens †

Die Vertreterinnen dieser beiden „Berufsgruppen" sind im sowjetischen Arbeitslager jene Typen, die auch dem psychologisch nicht Interessierten sofort auffallen:

1. Die angriffslustigen, händelsüchtigen Bladoij mit von Leidenschaften gezeichneten Gesichtern und ausgesprochenen Verbrecherphysiognomien.

2. Die in Gruppen miteinander lebenden frommen, oft asketischen Monaschkij (Nonnen und Gläubige) mit fanatischer Standhaftigkeit und rührenden Madonnenköpfen.

Die erste Gruppe rekrutiert sich aus verwahrlosten Jugendlichen und Personen, die Organisationen angehören, deren Zeichen besondere Tätowierungen sind. Sie erkennen nur ihre eigenen Gesetze an und befinden sich meist wegen krimineller Delikte im Lager, oft zu zwei mal 25 Jahren und noch mehr Haft verurteilt. Von einigen dieser Frauen ging das Gerücht, sie hätten während ihrer Lagerzeit einem Natschalnik (Lagerchef) den Kopf abgeschnitten und als Siegertrophäe herumgetragen. Tatsache ist, daß Obrigkeit und Wachmannschaften sehr schlecht hören und sehen können, wenn von seiten der allen wohlbekannten und sozusagen „besternten" Raufbolde eine Prügelei stattfindet. Tatsache ist, daß Anfang 1953 von allen Lagerinsassen ein Revers unterschrieben werden mußte, sich nicht an Schlägereien zu beteiligen, und daß offiziell vor den Rowdies gewarnt wurde, die vor nichts, auch vor einem Totschlag nicht zurückschrecken. Folgenden Vorfall erlebte ich selbst:

Genia lebt intim mit einer äußerlich völlig maskulin anmutenden Frau, von uns kurz „Emil" genannt. Emil ist Feuerwehr-Frau. Die Angelegenheit wird verklatscht, „er" wird versetzt in ein kleines, sehr nahe liegendes Lager und schafft es mit Verschlagenheit, Pfiffigkeit und Beziehungen, für einen Tag und eine Nacht wieder im Stammlager zu erscheinen, um die Nacht mit der Geliebten auf deren mit Decken malerisch verhängten Platz zu verbringen. Paulina zeigt dies an, Emil wird erneut abgeschoben. Genia schäumt vor Wut. Sie beschafft sich heimlich ein Beil und schlägt es eines Morgens der ahnungslosen Paula über den Kopf, die aber blutüberströmt noch die Kraft hat, ihrer Gegnerin das Gerät zu entwinden und nun ihrerseits von couragierten Barackeninsassen gewaltsam gehindert werden muß, sich zu rächen. Genia wird in den Karzer abgeführt und droht noch im Fortgehen: „Ich bin der Jäger, du der Hase, mir entgehst du nicht!"

Soweit sie „gut" leben können, genügend zu essen und zu rauchen haben und einen Mann „besitzen", können sie ganz friedlich sein, ansonsten ist das Gaunern, Betrügen, Spielen und Wetten ihr Beruf. Eines aber zeichnet sie aus: Großmut gegenüber Schwachen, Kranken und Armen, ein natürlicher Instinkt für Menschenwerte sowie Gerechtigkeitssinn. Eine Bladnoij zur Brigadiere zu haben bedeutet zwar, daß man sich häufig mit den beliebtesten, für deutsche Begriffe unvorstellbaren russischen Schimpfworten und Flüchen (Prostitutka ist beinahe noch eine Schmeichelei) bewerfen lassen muß, aber im Notfall auf Anerkennung und Rücksichtnahme rechnen kann.

Und diese Gaunerinnen haben eine Hochachtung vor den Monaschkij, schützen und verteidigen diese, wo sie nur können, auch frei und unerschrocken vor den Offizieren: „Man kann durch sie nur besser werden!" Im tiefsten Innern sind auch die Bladnoij gläubig und tragen das Kreuz auf der Brust. Ich sah auf einem beinahe männlich breiten Rücken über Ganovenemblemen einen Engelskopf mit Glorienschein eintätowiert. Sie verehren die Frommen wie Heilige aus einer ihnen zwar fremden, aber doch gespürten Atmosphäre der Reinheit und Festigkeit, denn sie leiden mehr oder weniger bewußt unter der Unstetigkeit ihres Lebens, teilweise durch erstaunliche Intelligenz und Aufgeschlossenheit von der dumpfen Masse abstechend.

Die Monaschkij sind weniger Ordensangehörige als vielmehr Gläubige der griechisch-orthodoxen Kirche, meistens Landfrauen. Die Fanatikerinnen unter ihnen lehnen jegliche Arbeit für den Staat ab und akzeptieren nur den Dienst an der Allgemeinheit innerhalb des Lagers. Werden sie mit Handschellen zum Arbeitsplatz geführt, stehen sie barfuß ohne sich zu rühren, in schneidender Kälte und bei tobendem Schneesturm stundenlang auf einem Fleck, Märtyrerinnen ihres Glaubens. An den besonderen Feiertagen und sonntags verläßt die Gläubige das Lager nicht, und es ist stillschweigendes Gesetz geworden, daß die Monaschkij ihren arbeitsfreien Tag am Sonntag erhalten. Diese Frauen tragen bäuerliche, weite

Arbeitslager in Workuta (1955). Quelle: vfc

und bodenlange Röcke, sehr straff gezogene Scheitelfrisuren und stets verhüllte Köpfe. Die Führerinnen unter ihnen hüten äußerst sorgfältig handschriftlich niedergelegte Gebete und Lieder, gemeinsam werden Andachtsstunden abgehalten; klaglos und schweigend gehen sie dafür in Arrest. Die arbeitenden Monaschkij verrichten ihre ekstatischen Gebetsübungen schon vor drei Uhr morgens, vor dem Aufstehen.

Wenn auch ein Teil der Lagerinsassinnen sich als gläubig bezeichnet, um daraus Vorteile zu ziehen, so sind doch die überzeugten Frommen charaktervolle Menschen mit Grundsätzen und schätzenswerter Haltung.

(Die Autorin war Häftling in einem Frauenarbeitslager in der Region Workuta, verlor dort ihren linken Arm und wurde Ende 1953 entlassen. Der Text entstand unmittelbar danach.)

Umzug?

Dann vergessen Sie bitte nicht, an die Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Ihre neue Adresse zu schicken. So lassen sich Lieferausfälle vermeiden.

Gedenkveranstaltung für Arno Esch

Aus Anlaß des 60. Jahrestages der Verhaftung von Arno Esch am 18. Oktober 1949 veranstalten die Universität Rostock und der Verband Ehemaliger Rostocker Studenten (VERS) gemeinsam eine öffentliche Gedenkfeier, zu der wir herzlich einladen.

Die Veranstaltung findet am Sonntag, dem 18. Oktober 2009, 11.00 Uhr, in der Universitätskirche Rostock statt (unmittelbar hinter dem Universitätshauptgebäude).

Für eine Teilnahmebestätigung wären wir dankbar.

Dr. Peter Moeller, Vorsitzender VERS, Tel. (07 11) 77 67 49, E-Mail moe.vers@t-online.de

Richterliches Vertrauen in Stasi-Akten

(paH)Die Hilfsorganisation HELP hat auf einen Justiz- und Verwaltungsskandal in Sachsen aufmerksam gemacht. Eine Frau, die 1975 einen Ausreiseantrag gestellt hatte, den sie wegen der Drohung, ihr Kind nicht mitnehmen zu dürfen, wieder zurückzog, wurde daraufhin zu einem Operativen Personenvorgang der Staatssicherheit und aus dem Ensemble ihres Leipziger Theaters, dem sie als Schauspielerin angehörte, entlassen. Ohne Anstellung schlug sie sich zehn Jahre durch.

1985 sollte sie ein Engagement im Berliner „Theater im Palast" erhalten, wurde wegen ihrer Vorbelastung jedoch wieder vor die Tür gesetzt. Im Mai 1989 durfte sie ausreisen. Für die Zeit ab 1985 wurde sie später von der Berliner Reha-Behörde beruflich rehabilitiert. Die Jahre davor jedoch fallen in den Amtsbereich einer sächsischen Rehabilitierungsbehörde.

Die lehnte ab und bekam vor dem Verwaltungsgericht Chemnitz Recht. Begründung: Aus den Stasi-Unterlagen lasse sich „auch nicht ansatzweise ein politischer Hintergrund der Nichtverlängerung des Arbeitsverhältnisses" entnehmen. „Gegen den Wahrheitsgehalt der MfS-Akten bestehen auch keine Bedenken." Dieser müsse „als außerordentlich hoch eingeschätzt werden".

Suchanzeigen

Rat zur FZR gesucht

In meinem Bemühen um den Nachteilsausgleich entsprechend des BerRehaG bei der Anerkennung der Freiwilligen Zusatzversicherung (FZR), die allen in der DDR verbliebenen und beruflich Gleichgestellten gewährt wurde, die ohne politische Vorstrafen dort tätig waren, bitte ich um hilfreichen Rat von Schicksalskameraden.

Ich war von Mitte 1966 bis Mitte 1968 wegen versuchter Flucht über Ungarn in politischer Haft und mußte Zwangsarbeit leisten, hauptsächlich im Haftarbeitslager Raßnitz. Erinnerlich sind mir aus der Zeit während und nach der U-Haft im Stasi-Gefängnis Kaßberg in Chemnitz die Architekten Rudolf Roth aus Brück und Eberhard Müller aus Chemnitz. Beide wurden bei ihrem Fluchtversuch über die Ostsee festgenommen und waren einige Zeit auf dem Kaßberg. Mir ist nicht bekannt, ob sie nach ihrer Haftentlassung wieder als Architekten arbeiten durften und ob sie inzwischen auch die FZR bekommen.

Ich bitte nun auch weitere Betroffene um einen Rat oder einen Gedankenaustausch wegen der Verweigerung der FZR.

Reinhard Grütz, Am Schulacker 2, 64846 Groß-Zimmern, Tel./Fax (060 71) 740 89

Wer erinnert sich?

Wer kennt Karin Klose, geboren 1950, letzter Wohnort Roßlau? Verhaftung des Ehemannes Wolf-Peter Klose, geb. 1942, nach mißglücktem Fluchtversuch mit seiner Frau im September 1971, Einlieferung in die U-Haft Dessau, spätere Verlegung nach Waldheim.

Karin Klose, im 8. Monat schwanger, wurde nach der Entbindung in Halle, Görlitz und letztlich in Hoheneck (1971/72) inhaftiert. Sie war im Arbeitskommando Elmo eingesetzt. Wegen der schlechten Nachsorge (Geburt) kam es zu gynäkologischen Problemen, die auch zu einer stationären Aufnahme ins Krankenhaus Halle führten.

Im Zuge der Honecker-Amnestie 1972 kamen beide frei. Ihr gemeinsames Kind sei Stunden nach der Geburt verstorben, hieß es später seitens der Behörden. Die vorhandenen Unterlagen sind fehler- und lückenhaft.

Wer kennt oder erinnert sich an Karin Klose und die Umstände, über die sie möglicherweise mit Kameradinnen gesprochen hat?

Hinweise bitte unter: E-Mail babette.wiesenack@freenet.de

Zeitzeugen und Exponate

In der Ende 2008 gegründeten Gedenk- und Begegnungsstätte Leistikowstraße Potsdam haben die Vorbereitungen für den Aufbau einer künftigen Dauerausstellung zur Geschichte des ehemaligen Untersuchungsgefängnisses der sowjetischen Spionageabwehr in der Leistikowstraße 1 begonnen. Da die Gedenkstätte bisher über keine eigene Sammlung verfügt, suchen die Mitarbeiter Fotos, Erinnerungsstücke und Zeitzeugen zur Geschichte des Untersuchungsgefängnisses sowie des sowjetischen Sperrgebiets, des „Militärstädtchens Nr. 7" am Neuen Garten.

Gesucht werden z.B. Film- oder Fotoaufnahmen des 1916 vom Evangelisch-Kirchlichen Hilfsverein errichteten Hauses Mirbachstraße 1 (jetzt Leistikowstraße 1) oder seiner Umgebung in der Nauener Vorstadt. Außerdem sucht die Gedenkstätte Zeitzeugen, die im Untersuchungsgefängnis inhaftiert waren , denen der Ort aus anderen Gründen bekannt ist oder die einen ehemaligen Häftling kennen. Ebenso werden Personen um ihre Unterstützung gebeten, die 1945 oder später Kontakt zu den sowjetischen Truppen oder Zutritt zum „Städtchen" hatten.

Alle, die zu den genannten Themen etwas beitragen können, werden herzlich um Unterstützung gebeten. Hinweise werden auf Wunsch vertraulich behandelt.

Ansprechpartnerin: Bettina Altendorf, Tel. (03 31) 201 15 40 (montags bis freitags 9-16 Uhr), E-Mail altendorf@gedenkstaette-leistikowstrasse.de

Wahl März 1990 in DDR-Gefängnissen

Ich schreibe über das Wahlrecht von Strafgefangenen, u.a. in der DDR. Nachdem das Wahlrecht von Strafgefangenen in der DDR „ruhte", wurde dies zur letzten und einzigen wirklichen Wahl geändert. Danach konnten diejenigen Gefangenen, denen die Ehrenrechte nicht abgesprochen wurden, an der Wahl teilnehmen.

Jetzt suche ich Zeitzeugen, die im März 1990 aus Justizvollzugsanstalten in der DDR an Wahlen teilgenommen haben und darüber berichten können.

Wenn Sie dies können und bereit dazu sind, melden Sie sich bitte bei:

Jan Oelbermann, Tel. (030) 44 01 71 83, E-Mail janoelbermann@gmx.net

Veranstaltungen

23.9. (Mi), 19.00 Uhr:

Zwei Frauen der ersten Stunde – von der Unabhängigen Frauenbewegung zur institutionalisierten Frauenpolitik (1989-2009); Veranstaltung des Arbeitskreises „Magdeburg 2009"; Ort: Altes Rathaus, Alter Markt, 39104 Magdeburg

23.9. (Mi), 19.30 Uhr:

Städtepartnerschaften im Spiegel der Stasi-Akten. Vortrag v. Christoph Kleemann (ehem. Leiter der BStU Außenstelle Rostock) und Ausstellungseröffnung „Stasi im Ostseeraum"; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock; Ort: Volkshochschule, Bergstr. 8, 49076 Osnabrück

24.9. (Do), 13.15 Uhr – 26.9. (Sa):

Die Rolle der Geheimdienste nach dem Kalten Krieg. Seminar d. KAS, Bildungszentrum Schloß Wendgräben; Ort: Bildungszentrum Schloß Wendgräben, Wendgräbener Chaussee 1, 39279 Wendgräben; Anmeldung Tel. (03 92 45) 95 23 53, E-Mail heinrich.schwabecher@kas.de; Seminarbeitrag 80,- Euro

24.9. (Do), 14.00-18.00 Uhr: Besuchertag. 18.00 Uhr:

Jugendkultur im Honeckerstaat. Vortrag v. Dr. Marc-Dietrich Ohse, Chefred. Deutschland-Archiv; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Dresden u.a.; Ort: Außenstelle Dresden, Riesaer Str. 7, 01129 Dresden

24.9. (Do), 18.30 Uhr:

„Kehraus"-Trilogie. DDR-Dokumentarfilme in der Filmreihe Herbst `89; Veranstaltung d. Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig; Ort: Zeitgeschichtliches Forum, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

24.9. (Do), 19.00 Uhr:

„Von Japan lernen heißt siegen lernen? Japan - ein kapitalistisches Vorbild für die DDR?" Ref. Dr. Hans-Christian Herrmann, Historiker; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig, Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

27.9. (So), 14.00 Uhr:

„Staatssicherheit auf dem Dorfe" Vortrag u. Gespräch mit Regina Teske, BStU; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Magdeburg u.a.; Ort: Museum Böckwitz, Backhaus, Im Rundling 2, 38486 Böckwitz

29.9. (Di), 18.00 Uhr:

Die Mauer in der Welt. Filmvorführung u. Buchpräsentation; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

29.9. (Di), 19.00 Uhr:

Verschwiegene Vergangenheiten – **Der Fall Erwin Strittmatter und andere.** Vortrag von Bernd-Rainer Barth, Historiker; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

Geschichte aus Deutschland

Nicht von ungefähr ist der Ort, von dem aus die „Geschichte aus Deutschland" erzählt wird, die kleine märkische Stadt Storkow. Dort wuchs der Autor des vorliegenden Romans auf. Schicksalhaft, denn dort ereilten ihn die Verhaftung durch den sowjetischen NKWD und die Einlieferung in das Internierungslager Ketschendorf (Speziallager Nr. 5), zu dessen Einzugsgebiet auch Storkow gehörte.

In einem weitgespannten Erzählbogen wird die Geschichte Deutschlands in dem Romanstädtchen Ziekohnia seit dem letzten Jahr des Ersten Weltkriegs lebendig. Der Versailler Vertrag, seine Auswirkungen in der Nachkriegszeit, die Entstehung des Nationalsozialismus in dem kleinen Ort und wieder Krieg und Nachkriegszeit bis in die fünfziger Jahre hinein – der Leser erlebt und erkennt durch die Romanhandlung historische Zusammenhänge.

Die Kraft der Erzählweise des Autors zieht den Leser bald in seinen Bann und läßt ihn spannungsvoll am Schicksal der Romanfiguren teilnehmen: Da sind z.B. der Oberst, der an der Sinnlosigkeit der Kriegführung am Ende des Ersten Weltkriegs verzweifelt; der Gymnasiallehrer und Sozialdemokrat, der das Verbrecherische des Nationalsozialismus früh erkennt und dagegen kämpft; die Jüdin, die lange unerkannt auf dem nahen Rittergut leben kann... Und da sind vor allem Kinder, unschuldig in die Zeit hineingeboren. Sie werden nach Ende des Krieges späte Opfer sowjetischer Willkür, wahllos verhaftet, in einem der Speziallager des NKWD unter unmenschlichen Bedingungen über Jahre festgehalten - ohne jede Schuldfeststellung.

Magnus Schauen: Brille – eine Geschichte aus Deutschland, Roman, TRIGA Der Verlag 2008, 840 S., 18,- €

Die genaue Beschreibung gewaltsamer Verhörmethoden durch den NKWD, der entsetzlichen Erlebnisse im NKWD-Keller, der Verhältnisse und Örtlichkeiten des nachfolgenden Internierungslagers lassen erahnen, daß hier eigenes Erleben verarbeitet wurde. Kaum vorstellbar sind die Schmerzen des völlig mit Schorf und eitrigen Exemen bedeckten, ausgemergelten Körpers des Jugendlichen, 16 Jahre alt bei seiner Verhaftung.

Erdachtes und Erfahrenes verschmelzen in dem Roman und verleihen ihm eine aus der zeitgenössischen Literatur herausragende Authentizität

Christa Breschke

Stunden im Westen – zehn Jahre Bautzen

Teut Heuer wurde 1973 zu zehn Jahren Bautzen verdonnert - fünf hat er abgesessen. Um mit sich ins Reine zu kommen, macht er 43 Jahre später mit seinem Hund als Partner eine Reise in die Vergangenheit und daraus einen Roman.

Er wächst in Wismar als Sohn eines Hochschulrektors auf, wird nach der Lehre als Agrotechniker Offizier bei den Grenztruppen und gleichzeitig Hochschulingenieurökonom. Für die SED-treue Familie scheint alles bestens geregelt. Der junge Leutnant soll westlich von Wismar an der Grenze eingesetzt werden, wo auf seine Frau ein schöner Arbeitsplatz und auf beide eine Wohnung wartet. Aber es kommt anders: Gleich nach Erhalt des Offizierslamettas landet er 100 km südlich von Wismar, bei Dömitz. Quasi als Auszeichnung. Der Abschnitt gilt als sehr schwierig und verlangt extrem Zuverlässige. Als solche gelten Teut Heuer und Familie. Doch das junge Paar trifft auf harten DDR-Alltag. Erst gar keine Wohnung, dann ein leerstehendes Haus am Deich. Die Geburt einer Tochter verschärft die Probleme. Ringsum Tristesse.

Teut Heuer: Eine Fahrt ins Blaue, Otto-Johann-Verlag, 2008, 125 S., 9,90 €

Am Oststrand der Elbe finden sich nur Abdrücke von Militärstiefeln und Schäferhunden - im Westen sonnen sich Familien im weißen Ufersand. Das Paar redet über ein besseres Leben drüben. Nach einem Ehestreit und Kneipenbesuch schwimmt der 23-Jährige in den Westen und gibt, am anderen Ufer angekommen, einen Schuß ab. Bevor ihn die eigenen Leute zurückholen können, ist er im Schutz des BGS, der erst durch einen Bauern herbei telefoniert werden mußte. Der Autor schreibt, von für ihn feindlichen Diensten „wurde er sanft genötigt zurückzukehren", halb habe er aber auch zurückgewollt. Möglich ist alles, aber Nötigung zur Rückkehr wäre ungesetzlich gewesen.

Nach nur Stunden im Westen und Übergabe wird der Leutnant mit einem Fußtritt in die DDR-Realität befördert. Der Verur-

teilung folgt Sippenhaft mit allem, was dazu gehört. Teut Heuer wird später Mitglied der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands, 1990 Bürgermeister eines Dorfes und arbeitet heute im gehobenen Beamtendienst. Ein leicht lesbares Stück Zeitgeschichte.

Inge Bennewitz

Mauer durchs Herz

Vom Schicksal gebeutelt - das ist wohl der passende Ausdruck für Sigrid Pauls Leben. Und es hätte alles so schön sein können. Geboren als Tochter bürgerlicher Fabrikanten in Dommitzsch a. d. Elbe/ Kreis Torgau, später eine eigene Familie mit drei Kindern. Ansätze für persönliches Glück gab es genug. Doch immer wieder zerstören die politischen Verhältnisse das, was man ein erfülltes Dasein nennt. 1945, am Ende des Krieges, kommt der Vater in sowjetische Internierung, erst nach Torgau, dann nach Bautzen, schließlich nach Tost in Oberschlesien, wo er schon im September 1945 stirbt. Die Familie, zu der drei Kinder gehören, erlebt in der Folgezeit die zermürbende Willkür erst der sowjetischen Besatzer, dann der DDR-Kommunisten. Schließlich wird sie enteignet.

Sigrid Paul: Mauer durchs Herz, Verlag zba.buch, 2. Aufl. 2008, 179 S., 14,90 €

In den 50er Jahren versucht Sigrid Paul, ihre Jugend im Osten wenigstens ein bißchen zu leben. Sie absolviert eine Ausbildung als Zahntechnikerin, heiratet, zieht nach Ost-Berlin und bekommt 1961 ihr erstes Kind. Doch dieses Kind ist unter der Geburt lebensbedrohlich geschädigt worden, die Ärzte wissen keinen Rat. Die Eltern bringen den Säugling nach West-Berlin. Dort kann ihm geholfen werden, doch er benötigt weiter Medikamente und Nahrung, die es nur im Westen gibt. Als im August 1961 die Mauer errichtet wird, ist die nächste Katastrophe da. Das Kind wird nach West-Berlin geschmuggelt, doch die Eltern können es nun nicht mehr besuchen. Wer selbst Vater oder Mutter ist, wird empfinden können, was das bedeutet. Also Flucht. Um das Maß voll zu machen, mißlingt sie. Verurteilt zu vier Jahren Haft, wird das Ehepaar von der Bundesregierung nach 18 Monaten freigekauft, die Ausreise aber nicht genehmigt. Erst nach fast fünf Jahren bekommen sie ihr Kind zurück, zwei weitere werden geboren. Ein Happyend stellt sich dennoch nicht ein: Das erste Kind bleibt als Folge von Wachstumsverzögerungen dauerhaft behindert, die beiden anderen werden politisch repressiert, die Eltern haben seelische Schäden aus der Haft zurückbehalten.

Die Beschreibung eines solchen Lebens ist nicht leicht, für Laien schon gar nicht. Dem Verlag zba.buch ist es zu danken, daß aus dem Manuskript ein spannendes, gut zu lesendes Buch entstanden ist. Ohne der Sprache der Autorin Gewalt anzutun, wurde dramaturgisch geschickt die biographische Abfolge durchbrochen. Was Sigrid Paul am wichtigsten ist, begegnet dem Leser zuerst: Wie kann sie ihr Kind retten? Diese Frage trägt durch die gesamte Geschichte bis in die Gegenwart. Lektüre und Verlag – sehr empfehlenswert!

Friedrich Rudolph

Weggesperrt

Als 1988 die Mutter der 14-jährigen Anja aus politischen Gründen verhaftet wird, steckt man die Jugendliche prompt ins Heim. In kurzer Zeit durchläuft das ohnehin schon traumatisierte Mädchen nun Durchgangsheim und Jugendwerkhof, bis sie nach einer Flucht schließlich im berüchtigten Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau landet. Dort ist die Welt zu Ende und auch das Leben, wie es scheint.

Das Buch wird vom Verlag als „Jugendbuch" bezeichnet, was einen Hinweis gibt, daß es 13-, 14-Jährige durchaus schon verstehen. Die Bezeichnung klammert aber aus, daß es mindestens so gut für Erwachsene taugt. Hier trifft man weder auf bemühte Jugendsprache noch auf Themen, die spätestens mit 18 zu den

Grit Poppe: Weggesperrt, Cecilie Dressler Verlag, Hamburg 2009, 336 S., 9,95 € zu diesem Buch gibt es Unterrichtsmaterialien unter www.vgo-schule.de

Akten gehören. Grit Poppe hat einen eindrucksvollen Gefängnisroman geschaffen, der sich mit den großen Vertretern dieses Genres messen kann. Ein Gefängnisroman, weil es in Torgau mindestens so schlimm wie im Gefängnis zuging. Kenner sagen, es war noch willkürlicher, und deshalb schlimmer. Und sie hat einen Dokumentarroman geschaffen - nur das man ihm das, auf Grund der stilistischen Geschicklichkeit der Autorin, dankenswerterweise nicht anmerkt. Die flüssige, äußerst spannungsgeladene Handlung

Veranstaltungen

29.9. (Di), 19.00 Uhr:

Die dritte Dimension der Tränen. DDR-Flucht, Haft und Trauma, Heilungswege. Lesung u. Gespräch mit Autorin Amanda Bohlken; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Rostock u.a.; Ort: Dokumentations- und Gedenkstätte in der ehemaligen U-Haftanstalt der Staatssicherheit, Hermannstr. 34 b (Zugang über Augustenstr./Grüner Weg), 18055 Rostock

29.9. (Di), 19.00 Uhr:

Aufbruch in die Demokratie. Über gewonnene und verlorene Hoffnungen politischer Akteure; Veranstaltung d. Evang. Akademie zu Berlin; Ort: Französische Friedrichstadtkirche (Französischer Dom) auf dem Gendarmenmarkt, Gendarmenmarkt 5 (Eingang Charlottenstr.), Berlin- Mitte

29.9. (Di), 19.00 Uhr:

„Kamen wir ans andere Ufer?" Lesung und Konzert mit Freya Klier, Autorin, und Stephan Krawczyk, Musiker; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Erfurt u.a.; Ort: Evangelisches Gemeindehaus, Knickhagen 15, 37308 Heilbad Heiligenstadt

29.9. (Di), 19.30 Uhr:

„Helden der Friedlichen Revolution". Buchpräsentation des Bürgerkomitees Leipzig u.a.; Ort: Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke", Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

30.9. (Mi), 19.00 Uhr:

„Mutig gegen Marx und Mielke. Die Christen und das Ende der DDR". Filmvorführung, Buchvorstellung u. Gespräch u.a. mit Gerold Hofmann, Reg. u. Autor; Veranstaltung d. Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig u.a.; Ort: Zeitgeschichtliches Forum, Grimmaische Str. 6, 04109 Leipzig

1.10. (Do), 19.00 Uhr:

„Verrat verjährt nicht". Lebensgeschichten aus einem geteilten Land. Lesung u. Podiumsgespräch mit Christhard Läpple, Autor, Stefan Trobisch-Lütge, Psychoanalytiker, Rüdiger Sielaff, BStU; Veranstaltung d. BStU; Ort: Vertretung d. Freistaates Thüringen, Mohrenstr. 64, 10117 Berlin

3.10. (Sa) 20.00 Uhr, 4.10. (So) 19.00 Uhr, 7.10. (Mi) 11.00 Uhr:

„Ortsgespräche – Berlin `79". Schauspiel v. Dirk Jungnickel; Theatervorstellung d. Theaterschiffs Potsdam; Ort: 14467 Potsdam, In der alten Fahrt; Buchung unter Tel. (0331) 972302

4.10. (So), 22.00 Uhr:

Rundfunksendung **Die Gegenwart der Geschichte.** Lesung aus dem Buch „Ungarn in der Nußschale. Die Geschichte meines Landes" mit Autor György Dalos, Berlin; Radio History, Produktion d. OEZ Berlin; Empfang über

Berliner Kabelprogramm d. Alex-OKB auf 96,2 MHz u. als Audiostream über www.alex-berlin.de

5.10. (Mo), 19.00 Uhr:

„Graben für den Frieden?" Die Bausoldaten der DDR. Podiumsgespräch mit d. Zeitzeugen Bernd Eisenfeld, Sabina Pampel, Sebastian Fleischhack; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Lesesaal, Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

6.10. (Di), 18.30 Uhr:

„Ins Leben zurück". Geschichte einer Frau des 20. Jahrhunderts. Lesung mit der Autorin Ursula Rumin; Veranstaltung d. Kath. Deutschen Frauenbundes, Ort: Kathol. Dt. Frauenbund, Wundtstr. 40-44, 14057 Berlin

7.10. (Mi), 18.00 Uhr:

Zwangsadoptionen in der DDR. Eine Betroffene berichtet. Vortrag v. Katrin Behr; Veranstaltung d. Brandenburg. Landeszentrale f. pol. Bildung; Ort: Stadt- u. Landesbibliothek Potsdam, Am Kanal 47, 14467 Potsdam

7.10. (Mi), 19.00 Uhr:

Wir sind das Volk – Liebe kennt keine Grenzen. Filmaufführung des SAT.1-Films u. Gespräch mit d. Zeitzeugen Siegbert Schefke; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig; Ort: Lesesaal, Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

9.10. (Fr), - 11.10. (So):

„Wir nehmen uns die Freiheit..." Kultur und Spiritualität der demokratischen Opposition in Polen und der DDR. Tagung d. Evangel. Akademie zu Berlin; Ort: Evangel. Bildungsstätte auf Schwanenwerder; Informationen u. Anmeldung unter Tel. (030) 203 55-407, E-Mail ewe@eaberlin.de

13.10. (Di), 19.00 Uhr:

Stepan Bandera – Ein Freiheitskämpfer? Vortrag von Dr. Alexander Gogun, Historiker, Rußland; Veranstaltung der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Stalinismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5-7, 10178 Berlin

19.10. (Mo), 18.00 Uhr:

Aktuelle Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel und die **Menschenrechtssituation im kommunistisch beherrschten Nordkorea.** Podiumsgespräch d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

19.10. (Mo), 18.00 Uhr:

Geschichte der Russischen Orthodoxen Kirche in der Diaspora. Buchvorstellung mit Autor Dr. Gerd Stricker, Kirchenhistoriker, Zürich; Veranstaltung d. OEZ Berlin-Verlages; Ort: Berliner Rathaus (Eing. Jüdenstr.), Raum 300, Berlin-Mitte

mit gut gezeichneten Charakteren, deren Darstellung nie ins Schwarzweiße abrutscht, läßt nichts von den langwierigen Recherchen Grit Poppes ahnen, von ihrem Ringen mit dem Stoff. Ehemaligen Insassen von Torgau wird schlecht beim Lesen, weil die Vergangenheit da fast zu schmerzhaft realistisch auferstehet.

Am Schluß des Buches ist es Herbst 1989 geworden, die Mutter bereits entlassen, sie findet ihre Tochter wieder. Ein schönes Ende? Gewiß. Aber allen ist bewußt, daß nichts mehr ist, wie es war. Diese Erkenntnis kam dem Mädchen schon in Torgau: „Sie hatten verloren, allesamt, egal, woher sie stammten und wohin sie irgendwann einmal gehen würden. Sie würden nie wieder so sein, wie sie einmal gewesen waren."

Zu diesem Buch bleibt nur zu sagen: kaufen, lesen, weitererzählen.

Gertrud Röder

Lager-Berichte

(ap/kn)Im Anschluß an die Gedenkveranstaltung für die Opfer des Lagers Jamlitz am 12.9.2009 wurden zwei gerade erschienene Bücher vorgestellt. In Kurt Noacks „NachkriegsErinnerungen" wird der Leser zurückgeführt in die Zeit Mitte der 1940er Jahre. Als 15-jähriger geriet der Autor unter Werwolf-Verdacht in die Fänge der sowjetischen Geheimpolizei und mußte drei Jahre in den berüchtigten NKWD-Lagern Ketschendorf, Jamlitz und Buchenwald zubringen. Dieses Schicksal teilte er mit zahlreichen Jugendlichen seiner Generation, was viele von ihnen das Leben kostete. Er überlebte die schrecklichen Jahre und schildert offen, doch ohne Haß, seine Erlebnisse und Erfahrungen: die unmenschlichen Bedingungen in den Lagern, das Sterben der

Kurt Noack: NachkriegsErinnerungen, Verlag Andreas Peter, Guben 2009, 328 S., 19,95 €

Freunde, die kleinen Hoffnungsschimmer und seinen unbändigen Überlebenswillen. Auch nach der Entlassung bestimmte die Inhaftierung sein weiteres Leben.

Der Titel „Berichte über sowjetische Speziallager in Deutschland" wurde herausgegeben von Andreas Weigelt und enthält Beiträge von Gertrud Lehmann-Waldschütz und Wolfgang Goszczak über den Aufenthalt in den Lagern Jamlitz, Mühlberg und Buchenwald. Die Berichte sind Zeugnis einer verfehlten Entnazifizierungspolitik sowie der Wirklichkeit in den sowjetischen Speziallagern. Die Autoren stellen sich die Frage nach dem Verhältnis zwischen individueller Verantwortung im Nationalsozialismus und ihrer Haft in den Lagern.

G. Lehmann-Waldschütz, W. Goszczak: Berichte über sowjetische Speziallager in Deutschland, Metropol Verlag 2009, 144 S., 16,00 €

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im September Geburtstag haben

Günter Hoffmann am 2. September, Rainer Opitz am 3. September, Hildegard Kalweit am 4. September, Sabine Gorynia, Anneliese Wolf am 6. September, Erwin Schwung am 7. September, Renate Stimming am 11. September, Edith Kallweit, Helga Rill am 12. September, Rolf Schälike am 13. September, Horst Klinke am 14. September, Reinhard Lehmann am 16. September, Wolf Erler am 18. September, Ursula Freisel am 21. September, Eckhard Bufe am 23. September, Heinz Martini am 25. September, Jutta Petenati, Lenchen Sperling am 27. September, Joachim Simon am 28. September

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlichen Dank unseren Spendern

Paul u. Annemarie Beneke, Rolf Canzler, Hans Corbat, Kurt u. Brigitte Kugler, Rudolf u. Annerose Lenkisch, Gisela Meyer-Windel,

»

UOKG e.V.

Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Beratung:
Florian Kresse, Mo-Do, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kresse@uokg.de

Carola Schulze, Mi-Fr, 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Projektmanagement:
Theo Mittrup, Do 10-16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 51
E-Mail mittrup@uokg.de

Das Projekt wird gefördert vom LStU Berlin.

Georg Padel, Jo. Frh. V. Reitzenstein, Rosa Schonauer, Hans u. Gudrun Schramm, Otto Wienke, H. Zietze
BSV Berlin
Spenden und Beitragskonto
7194 209 200
Berliner Bank AG
BLZ 100 200 00
Absenderangabe nicht vergessen!
Verwendungszweck bitte mit „Beitrag" oder „Spende LV Berlin" angeben (Stacheldraht-Konto siehe Impressum unter „Redaktion").
Die Spenden sind steuerlich absetzbar. Bei Bedarf wird eine Spendenquittung zugestellt.

Besonders danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gerlinde Bartel, Joachim u. Irene Bergter, Karl-Heinz Blumenhagen, Manfred u. Ingeburg Böttrich, Ernst-Helmut Ebert, Dr. Wolf Erler, Ursula Franke, Olaf Gehrke, Wolfgang Heilmann, Jürgen Heß, Joachim Heyde, Theodor Hilbig, Horst Kaczmarek, Jürgen Katsch, Helga Kiwitt, Gerhard u. Ute Klinger, Günther Köllensperger, Elisabeth Kranenpoot, Klaus Krüger, Wilfried u. Eva-Renate Liebusch, Hans-Joachim u. Marianne Listner, Cäcilia Mühlberg, Alfred Müller, Karl-Heinz Müller, Detlev Nahmmacher, Horst Naschke, Gerhard u. Hannelore Nehls, Heinz Otto, Georg Padel, Rolf Raible, Ute Rast, Dieter Rieke, Manfred u. Gisela Rohde, Günter Roike, Heinz Rothe, Wolfgang u. Christa Rüdiger, Ingeborg Scheider, Herbert u. Edeltraut Scherner, Wolfgang Schindler, Karin u. Peter Schröter, Eugen Seibold, Lothar Spillner, Harald Steinke, Manfred u. Christrosel Thieme, Wolfgang Ulbrich, Willi u. Christine Vollrath, Erich u. Ingrid Vorbeck, Dr. Manfred Winkler, Hans-Georg Wolf, Horst Wolf, H. Wüstemann

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein, Konto-Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00, Berliner Bank AG, Verwendungszweck „Stacheldraht-Spende"

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg
Vorsitzender: Viktor Gorynia
Beitrags- u. Spendenkonto des BSV LV Berlin:
Berliner Bank AG, BLZ 10020000
Konto-Nr. 7194 209 200
E-Mail: bsvbb@yahoo.de
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1,
10365 Berlin, Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Sprechzeiten u. Beratung, Juristin Elke Weise:
Di 9-18 Uhr, Mi u. Do 10-16 Uhr

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.(UOKG)
Bundesvorsitzender: Rainer Wagner

Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle:
Theo Mittrup, Carola Schulze, Florian Kresse
Sprechzeiten: Mo-Fr 16-18 Uhr
Tel. (030) 55 77 93-54, Fax -40
Anschrift:
Ruschestr. 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: Info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728, Deutsche Bank, BLZ 100 700 24

Westkreuz-Druckerei Ahrens KG, Postfach 490280, 12282 Berlin
PVSt. DPAG, Entgelt bezahlt. 13017

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,
E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Spendenkonto: BSV-Förderverein, Nr. 7184 3990 02, BLZ 100 200 00, Berliner Bank AG

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Verlag: Westkreuz-Verlag GmbH, Berlin/Bonn, Postfach 49 02 80, 12282 Berlin,
Telefon (030) 7 45 20 47, Fax (030) 7 45 30 66
Auflage: 10 200
Verkaufspreis 1,– Euro

Herstellung und Vertrieb: Westkreuz-Druckerei Ahrens KG
Berlin/Bonn, Töpchiner Weg 198/200, 12309 Berlin
E-Mail:druck@westkreuz.de, Internet:www.westkreuz.de

Bezug über die Redaktion
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber, des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereichter Texte behält sich die Redaktion vor.
Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 10. September 2009